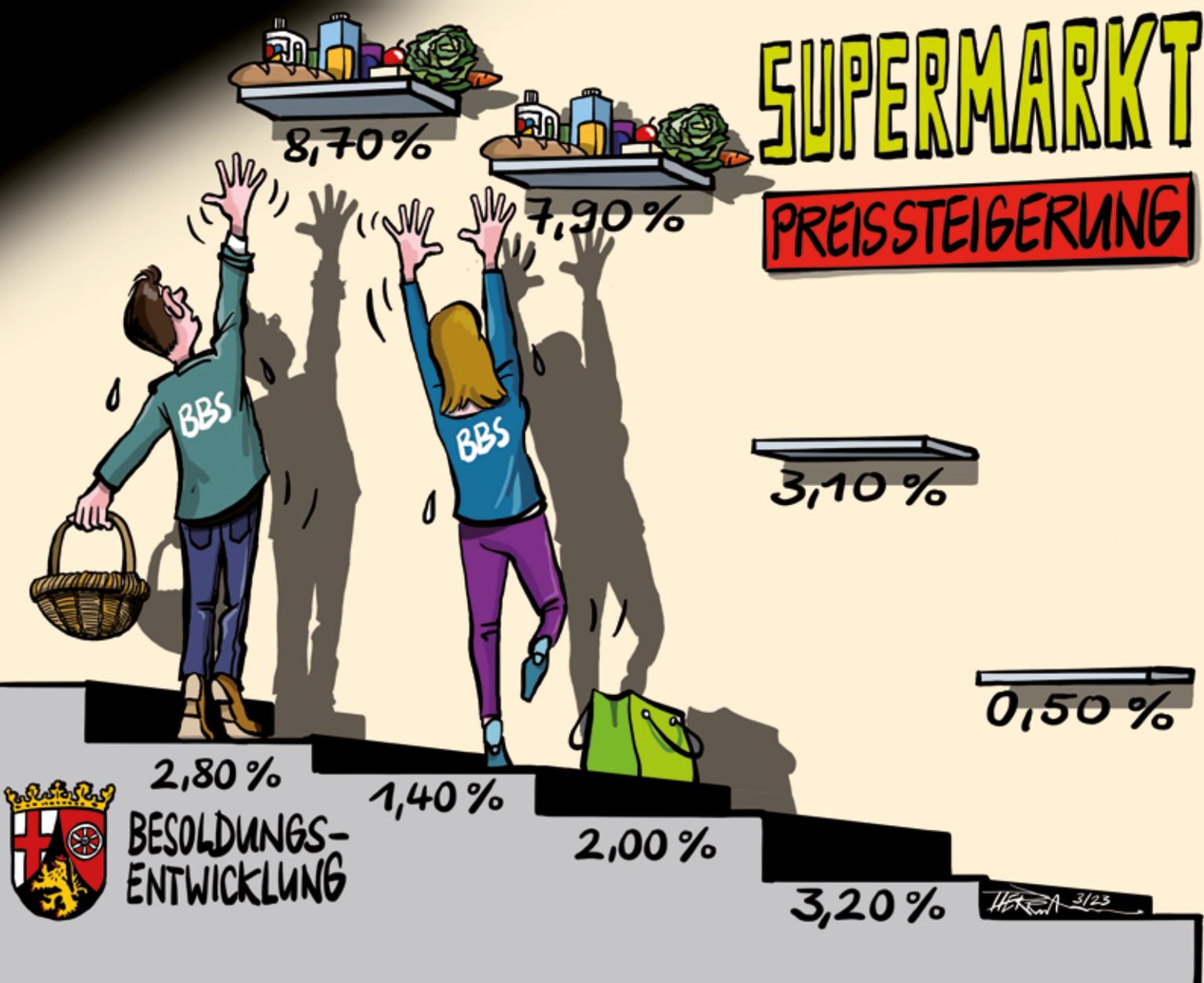


KOMPAKT



DIE SWK GRÜSST VOM ELFENBEINTURM

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Der VLW im Chat mit ChatGPT

BLAUMACHEN BOOMT

Phänomen der Fehlquoten



Vorschläge der SWK:

**AN DER REALITÄT
VORBEI ...**



Künstliche Intelligenz:

**CHATGPT STELLT SICH
UNSEREN FRAGEN**



**BLAUMACHEN
BOOMT**

Denkt jemand auch darüber nach, welchen organisatorischen Aufwand das Schulschwänzen für Lehrkräfte bedeutet?

03 BILDUNGSGIPFEL – WENN NICHT JETZT, WANN DANN?

Editorial von Karl-Heinz Fuß

04 DIE SWK GRÜSST VOM ELFENBEINTURM

Maßnahmen zur Bekämpfung des Lehrermangels

06 KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN

Rechenaufgabe mit Signalcharakter

07 AUF EIN WORT:

Der VLW im Gespräch mit der CDU-Fraktion

08 SCIENCE FICTION ODER AUFBRUCH IN EIN NEUES ZEITALTER?

Der VLW im Chat mit ChatGPT

11 STANDPUNKT

Blaumachen boomt

12 HINTER DEN KULISSEN DES VLW

Uwe Herrmann – Bildungskritik in Karikaturen

14 AUS DEN BEZIRKEN

VLW Rheinhessen wählt einen starken Vorstand

15 NACHRUF

Der VLW trauert um Nortdrud Hummel

15 IMPRESSUM

16 FORDERUNGEN DES VLW

BILDUNGSGIPFEL – WENN NICHT JETZT, WANN DANN?



Sie haben Anregungen oder Wünsche? Dann schreiben Sie mir unter redaktion@vlw-rlp.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

Der Einladung von Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger zum Bildungsgipfel in Berlin sind nur eine Kultusministerin und ein -minister gefolgt. Als Begründung wurden die dürftige Vorbereitung und Organisation der Veranstaltung genannt, die wohl den einen oder anderen an der Bedeutung zweifeln ließ. So haben sich viele Länder damit begnügt, Vertreterinnen oder Vertreter zu entsenden.

Dabei gibt es derzeit im Bildungsbereich mehr als genug Probleme, die dringend länderübergreifend gelöst werden sollten. Im vor Ihnen liegenden *VLW kompakt* greifen wir einige dieser Themen auf. Dem drohenden Lehrermangel muss beispielsweise neben weiteren Maßnahmen mit einer Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs begegnet werden. Dazu gehört in Zeiten mit hoher Inflation auch eine adäquate Erhöhung der Besoldung, wie sie es im Kommentar unseres Landesvorsitzenden Dirk Mettler nachlesen können. Die vorgeschlagenen Maßnahmen der SWK eignen sich aus unserer Sicht überwiegend eher nicht. Weshalb, erfahren

Sie ebenfalls in diesem Heft. Welche bahnbrechenden Veränderungen auf uns Lehrkräfte zukommen, lässt sich aus den Errungenschaften der künstlichen Intelligenz schließen. In einem ersten Selbstversuch haben wir getestet, was die Software ChatGPT zu leisten vermag und dies auch kritisch beleuchtet. In einem weiteren Erfahrungsbericht äußere ich mich zum zunehmenden Absentismus an unseren Schulen. All die Beispiele zeigen, dass die Zeit mehr als reif ist für einen echten ernsthaften länderübergreifenden Bildungsgipfel.

Lesen Sie darüber hinaus unsere Berichte zum Gespräch mit Bildungspolitikern der CDU-Fraktion und von der Bezirksversammlung mit Neuwahlen in Rheinhessen. Zudem stellen wir Ihnen in diesem Heft den Karikaturisten Uwe Herrmann vor, mit dem wir bereits seit mehr als zehn Jahren kreativ und erfolgreich zusammenarbeiten.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihr Karl-Heinz Fuß

*Auch vorsichtig als „zeitlich befristete
Notmaßnahmen“ formulierte Empfehlungen
können nicht darüber hinwegtäuschen,
was Lehrkräfteverbände seit Jahren bemängeln:
Wird nicht rechtzeitig etwas gegen den
Lehrkräftemangel unternommen, fällt er uns
irgendwann vor die Füße. Es scheint,
der Moment ist nun gekommen ...*

MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DES LEHRERMANGELS

Unfassbar, was die KMK in ihrem Empfehlungsschreiben veröffentlicht hat. Man könnte meinen, es handle sich um die Ergebnisse eines Brainstormings, deren Auswirkungen noch nicht weiter durchdacht wurden. Anders lässt es sich kaum erklären, wie man mit solchen Ideen den Lehrermangel bekämpfen will.

Zu befürchten ist vielmehr das Gegenteil, denn eine Umsetzung einiger dieser Ideen wäre ein weiterer Schlag gegen die Attraktivität des Lehrerberufs. Zweifellos ist es höchste Zeit zu handeln, denn die Situation an den Grundschulen und in der Mittelstufe ist in vielen Ländern bereits dramatisch. So lässt es sich heute schon absehen, wann die aufwachsenden Schülerzahlen an unseren BBSn ankommen werden. Laut Bildungsforscher Prof. Klemm ist dies spätestens ab dem Jahr 2030 der Fall. In seinen Berechnungen, die er kurz vor Ausbruch des Ukraine-Krieges veröffentlicht hat, ist jedoch noch nicht der Zustrom an Geflüchteten berücksichtigt. Das Land müsste demnach heute schon geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Zahl der Lehramtsstudierenden zu erhöhen, damit diese zum Ende der Dekade als Nachwuchskräfte an unseren Schulen zur Verfügung stehen.

FERNAB DER REALITÄT

Die Ende Januar erfolgte Vorstellung der Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusmi-

nisterkonferenz (SWK), gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz, hat, wenig verwunderlich, eine Welle der Empörung unter den Lehrkräften ausgelöst. Man muss sich schon fernab der Realität bewegen, wenn man der Meinung ist, Kolleginnen und Kollegen seien in Teilzeit, obwohl sie eigentlich noch Zeit und Kraft hätten, ihr Deputat zu erhöhen. Das mag in wenigen Einzelfällen tatsächlich so sein. Überwiegend ist jedoch davon auszugehen, dass jede Teilzeitkraft das für sie passende Maß an beruflicher Tätigkeit bereits ausgelotet hat.

Die Entscheidungsgründe für Teilzeitarbeit (einschließlich Sabbaticals und Altersteilzeit) sind vielfältig. Abgesehen von familiären Aufgaben, wie der Betreuung von Kindern oder Angehörigen,

DIE SWK GRÜSST VOM ELFEN- BEINTURM

ist die Teilzeit auch eine Reaktion auf die stark zugenommenen Belastungen, mit denen wir in unserem Berufsalltag konfrontiert werden. Die persönliche Freiheit des Einzelnen, das Wochendeputat auf die eigene persönliche Situation abzustimmen, darf uns keinesfalls genommen werden. Jeder kann sich vorstellen, dass bei einer aufgezwungenen erhöhten Unterrichtsverpflichtung zwangsläufig die Unterrichtsqualität leidet und zudem die Gefahr eines erhöhten Krankenstandes droht. Mindestens hat es jedoch Auswirkung auf die Berufszufriedenheit. Bereits heute sind die Medien voll von Berichten unzufriedener Lehrkräfte. Eine Verschärfung dessen würde unseren eigentlich erfüllenden Beruf nur noch weiter in die Negativschlagzeilen bringen.

ERNSTHAFTE LÖSUNGEN STEHEN NICHT IN AUSSICHT

Die weiteren Vorschläge der SWK, den Lehrkräftebedarf durch die Ausweitung von Hybridunterricht, durch Selbstlernzeiten in den höheren Klassenstufen und durch eine Vergrößerung der Klassen zu senken, haben bei genauerer Betrachtung ebenfalls eine erhöhte Belastung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen zur Folge. Die Empfehlungen werden von der SWK zwar als Notmaßnahmen bezeichnet, eine kurzfristige Lösung der Problematik steht jedoch aufgrund des alle Bereiche betreffenden Fachkräftemangels nicht in Aussicht. Die gemachten Vorschläge für eine mittelfristige Lösung der Probleme, z. B. durch Qualifizierung von Quer- und Seiteneinsteigern, erscheinen allenfalls vage. So handelt es sich hierbei um Vorschläge zur Erhöhung der Produktivität des Produktionsfaktors Arbeit in einer primitiven Form: Nämlich auf Kosten der betroffenen Lehrkräfte und der Schülerinnen und Schüler.

BEI GENAUEM HINSEHEN GIBT ES KEINE ZEITERSPARNIS

Als Lichtblick kann man allenfalls den Vorschlag werten, Lehrkräfte von Aufgaben außerhalb des Unterrichts zu entlasten. Ob es allerdings eine Arbeits erleichterung darstellt, wenn man seine Klassenarbeiten von einem Studenten korrigieren lässt, erscheint uns mehr als fraglich. Schließlich stellen wir in unseren Arbeiten nicht nur Multiple Choice-Aufgaben, die durch Ankreuzen beantwor-

tet werden. Das Korrigieren einer Arbeit erfordert ständige Entscheidungen darüber, ob und wie viele Punkte für eine Schülerantwort gegeben werden. Wenn dies dann noch mit einem Studenten besprochen und diskutiert werden muss, dann bleibt von der erhofften Zeitersparnis wenig übrig.

An solchen Ideen wird deutlich, wie weit die Vorschläge der SWK von unserem schulischen Alltag entfernt sind.

Der VLW vertritt die Meinung, dass unsere Politikerinnen und Politiker letztendlich einsehen müssen, dass qualitativ hochwertige Bildungsarbeit nicht mit zu geringen finanziellen Mitteln geleistet werden kann, und er fordert zeitnah geeignete Anstrengungen, um dem drohenden Lehrkräftemangel an BBSn zu begegnen. Seit Jahren unterbreitet der VLW konkrete Vorschläge zur Erhöhung der Attraktivität des Lehramts an BBS, wie z. B. die Erhöhung der Anwärterbezüge während des Vorbereitungsdienstes und den Abbau des Beförderungsstaus nach A14. Dringend erforderlich ist zudem Unterstützung der Lehrkräfte im Schulalltag. Dazu benötigen wir Fachkräfte für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Verwaltung. ■

Die Pressemitteilung der KMK „Einsatz optimieren, Bedarf senken: SWK empfiehlt zeitlich befristete Notmaßnahmen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel“ (kmk.org) finden Sie unter folgendem QR-Code:



RECHENAUFGABE MIT SIGNALCHARAKTER

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist schlicht und ergreifend genial, wie unser Karikaturist immer wieder die von uns aufgegriffenen Themen ins Bild setzt. Eines dieser leider hochaktuellen Themen ist der Kaufkraftverlust durch die anhaltend hohe Inflation einerseits und die vergleichsweise läppischen Besoldungserhöhungen der letzten Jahre andererseits. Als die letzten Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder, die uns eine Erhöhung von 2,8 Prozent im letzten Dezember beschert haben, im Herbst 2021 abgeschlossen wurden, konnte man noch der Hoffnung anhängen, dass sich die Inflation im Laufe des Jahres 2022 wieder abschwächt. Spätestens am 24. Februar des vergangenen Jahres hat sich diese Hoffnung aber leider in Luft aufgelöst, und andauernde Preissteigerungen in fast allen Bereichen sind zu unseren ständigen Begleitern geworden.

Dem kann man entgegen, dass es seitens der Bundesregierung abfedernde Maßnahmen gegeben hat, wie die Energiepreispause oder die Gas- und Strompreispause. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass alle diese Maßnahmen einen Einmaleffekt bewirken. Die Energiepreispause gab es im vergangenen Jahr, um hohe Nachzahlungen und hohe Spritpreise abzufedern, die Gas- und Strompreispause



greift nur im laufenden Jahr. Wenn die Energiepreise nicht wieder auf das Vorkriegsniveau sinken – wovon leider auszugehen ist –, dann bleibt es bei den hohen Preisen auch bei Gütern des täglichen Bedarfs, selbst wenn es mittelfristig gelingen sollte, die Inflation auf ein erträgliches Maß einzudämmen.

Das alles will bedacht sein, wenn in Tarifverhandlungen das vergiftete Angebot der steuerfreien Inflationsausgleichsprämie auf den Tisch kommt. So verlockend es auf den ersten Blick erscheint, so bedenklich sind die langfristigen Auswirkungen. Genau genommen muss man von den ausbleibenden Auswirkungen sprechen. Dazu ein Beispiel:

Bei einem Nettoeinkommen von 42.000 Euro/Jahr (das entspricht in etwa den Bezügen einer unverheirateten Studienrätin in Erfahrungs-

stufe 5) würde eine steuerfreie Einmalzahlung von 2.500 Euro eine Erhöhung des Einkommens um 5,9 Prozent bedeuten, was bereits weit unter der aktuellen Inflationsrate liegt. Um denselben Einkommenseffekt durch eine lineare Erhöhung der Tabellenentgelte zu erzielen, bräuchte es aufgrund des progressiven Einkommensteuertarifs eine Erhöhung derselben um etwa 7,5 Prozent. Die wären im Gegensatz zu einer Einmalzahlung bei folgenden Verhandlungen aber Bestandteil der Grundlage, auf der weitere Erhöhungen vereinbart werden. Das heißt im Klartext: Wenn man uns in diesem Jahr mit einer Einmalzahlung in Höhe von 2.500 Euro ruhigstellen will, bedeutet im nächsten Jahr jede Erhöhung der Tabellenentgelte um weniger als 7,5 Prozent einen nominalen Einkommensverlust! Zusammen mit der zu erwartenden Inflation würde sich ein massiver Kaufkraftverlust ergeben.

Deshalb wendet sich der VLW klar gegen einen Tarifabschluss, der eine Einmalzahlung anstelle einer linearen Erhöhung vorsieht. Wir fordern stattdessen eine Anpassung der Gehälter und der Besoldung mindestens um die aktuelle Inflationsrate, weswegen wir auch in der aktuellen Tarifausschusssetzung die Forderung des dbb (10,5 Prozent mindestens 500 Euro/Monat bei einer Laufzeit von zwölf Mona-

ten) ausdrücklich unterstützen. Die derzeitigen Verhandlungen betreffen zwar nur die Beschäftigten beim Bund und bei den Kommunen, werden aber – wie bereits mehrfach betont – einen Signalcharakter für die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) im Herbst dieses Jahres haben.

Eine attraktive Bezahlung ist zwar nur eines, dafür aber immer noch sehr wichtiges Element, um den Be-

ruf der Lehrkraft an BBSn attraktiv zu halten.

Andere Vorschläge, die dieser Tage diskutiert werden, erscheinen uns da weitaus weniger geeignet (siehe Artikel „Die SWK grüßt vom Elfenbeinturm“ in diesem VLW kompakt). Die schier unfassbare Tatsache, dass solche Vorschläge ernsthaft diskutiert werden, macht deutlich, wie wichtig eine starke Interessensvertretung der Lehrkräfte an BBSn

ist. Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass der Arbeitsplatz Berufsbildende Schule auch in Zukunft attraktiv bleibt – im Interesse unserer jungen Kolleginnen und Kollegen und im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler. Sie haben es verdient!

Dirk Mettler
Landesvorsitzender

BILDUNGSPOLITIK IN RHEINLAND-PFALZ

DER VLW IM GESPRÄCH MIT DER CDU-FRAKTION

Die aktuellen Empfehlungen der SWK zur Reduzierung des Lehrermangels bildeten den ersten Punkt beim Online-Gespräch zwischen Vertretern des VLW-Landesvorstands und Bildungspolitikern der CDU-Landtagsfraktion, das Ende Februar stattfand. Dirk Mettler stellte heraus, weshalb wir die meisten vorgeschlagenen Maßnahmen als ungeeignet ablehnen. Lediglich der Vorschlag, Lehrkräfte von Aufgaben zu entlasten, die nichts mit Unterricht zu tun haben, wird vom VLW begrüßt. Insbesondere bei der oftmals unzureichend funktionierenden Betreuung der DV-Systeme an unseren Schulen durch die Schulträger, unterstützte die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Jenny Groß die Forderung des VLW nach einem „digitalen Hausmeister“. Sie betonte zudem, dass die DV-Betreuung eine Aufgabe des Landes sein müsse. Dadurch könne auch die unterschiedliche finanzielle Leistungsfähigkeit der Schulträger ausgeglichen werden. Dirk Mettler kritisierte in diesem Zusammenhang die verweigerte Entlastung für Betreuerinnen und Betreuer des Schulcampus. Für die BBSn entsteht ein besonders hoher Aufwand, da aufgrund der

verschiedenen Bildungsgänge und der hohen Schülerzahlen jedes Jahr aufs Neue viele Zugangsdaten angelegt und gepflegt werden müssen.

Thomas Barth von der CDU bekräftigte die Forderung des VLW nach einer Stärkung des Unterstützungspersonals, insbesondere auch für Schulsozialarbeit und Verwaltungsaufgaben. Dafür müssten die Aufgaben zwischen Land und Schulträgern klar formuliert werden.

Als weiteres Thema nahm Dirk Mettler die reformierte höhere Berufsfachschule in den Fokus. Hier müsse zeitnah eine Evaluation erfolgen, um Schwachstellen zu identifizieren und gegebenenfalls nachzusteuern. Herr Barth und Frau Groß sagten zu, dies im Bildungsausschuss des Landtags zur Sprache zu bringen.

Zur Lehrkräfteversorgung monierte der VLW, dass PES-Stellen zu Lasten von Planstellen finanziert werden, was teilweise dazu führt, dass sehr gute Bewerber abgewiesen werden. Als weiterer, wenngleich auch kleinerer, Baustein zur Lehrkräftegewinnung wurde das im Nachbarland Hessen gewährte Job-Ticket genannt. Karl-Heinz Fuß sprach sich für Rheinland-Pfalz – anstelle eines Job-Tickets für alle – für eine Zuschuss-Lösung zum 49-Euro-Ticket für diejenigen aus, die das Angebot des ÖPNV auch tatsächlich nutzen können.

Der VLW bedankte sich für das Gespräch, und beide Seiten vereinbarten, weiterhin den regelmäßigen und bewährten Kontakt zu pflegen. ■



SCIENCE FICTION

ODER AUFBRUCH IN EIN
NEUES ZEITALTER?


Chat GPT
OpenAI

Der VLW im Chat mit ChatGPT – Inzwischen hat sicherlich jeder die Pressemeldungen zu den Fortschritten bei der künstlichen Intelligenz, insbesondere bei den sogenannten Chatbots zu Kenntnis genommen und, klar, auch wir vom VLW waren neugierig zu erfahren, was ChatGPT so kann. Im Folgenden sehen Sie die Ergebnisse, die ChatGPT auf unsere Aufgaben und Fragen innerhalb von Sekunden generiert hat.

Aufgabe Nr. 1 des VLW: Schreibe einen Artikel zu ChatGPT für eine Mitgliederzeitschrift eines Lehrerverbands an kaufmännischen Schulen in Rheinland-Pfalz

Und hier die Antwort:

ChatGPT – Die künstliche Intelligenz, die den Unterricht unterstützt

In der heutigen Zeit werden Lehrerinnen und Lehrer an kaufmännischen Schulen mit immer komplexeren Herausforderungen konfrontiert. Die Unterrichtsplanung, die Erstellung von Materialien und die Beantwortung von Fragen können sehr zeitaufwändig sein. Hier kann ChatGPT, ein fortschrittlicher digitaler Assistent, eine große Hilfe sein.

Was ist ChatGPT?

ChatGPT ist ein künstlicher Intelligenz-Assistent, der speziell für Lehr-

erinnen und Lehrer entwickelt wurde. Die Technologie basiert auf der OpenAI-Plattform und nutzt maschinelles Lernen, um natürliche menschliche Sprache zu verstehen und zu interpretieren.

Wie funktioniert ChatGPT?

ChatGPT funktioniert wie ein menschlicher Assistent. Lehrerinnen und Lehrer können ihm einfach eine Frage stellen, und ChatGPT wird die Frage verstehen und eine passende Antwort liefern. Der Assistent kann auch Aufgaben wie die Erstellung von Unterrichtsmaterialien übernehmen und Schülern bei der Beantwortung von Fragen helfen.

Was kann ChatGPT für Lehrerinnen und Lehrer an kaufmännischen Schulen tun?

ChatGPT kann Lehrerinnen und Lehrern eine Vielzahl von Aufgaben abnehmen, darunter:

- **Recherche:** ChatGPT kann schnell und einfach Informationen zu bestimmten Themen recherchieren und eine Zusammenfassung liefern.
- **Erstellung von Unterrichtsmaterialien:** ChatGPT kann Lehrern bei der Erstellung von Unterrichtsmaterialien wie Arbeitsblättern, Präsentationen und anderen Materialien helfen.
- **Antworten auf häufig gestellte Fragen:** ChatGPT kann Lehrern dabei helfen, häufig gestellte Fragen von Schülern zu beantworten, z. B.

zu Hausaufgaben oder Prüfungsvorbereitungen.

- **Organisation von Aufgaben:** ChatGPT kann Lehrern dabei helfen, ihre Aufgaben zu organisieren und sie daran zu erinnern, wann sie bestimmte Aufgaben erledigen müssen.

Welche Vorteile bietet ChatGPT für Lehrerinnen und Lehrer an kaufmännischen Schulen?

ChatGPT bietet Lehrerinnen und Lehrern an kaufmännischen Schulen eine Reihe von Vorteilen, darunter:

- **Zeitersparnis:** Lehrerinnen und Lehrer können schnell und einfach Antworten auf ihre Fragen erhalten und müssen nicht stun-

denlang im Internet recherchieren oder Unterrichtsmaterialien selbst erstellen.

- **Effizienz:** ChatGPT kann Lehrern dabei helfen, ihre Arbeitsbelastung zu reduzieren und ihre Zeit effizienter zu nutzen, sodass sie sich auf die wichtigeren Aspekte ihrer Arbeit konzentrieren können.
- **Personalisierte Unterstützung:** ChatGPT kann Lehrern eine personalisierte Unterstützung bieten und ihnen helfen, auf ihre individuellen Bedürfnisse und Anforderungen einzugehen.
- **Verbesserung der Unterrichtsqualität:** Indem ChatGPT Lehrern Zeit spart und ihnen bei der Erstellung

von Unterrichtsmaterialien hilft, können sie sich auf die Gestaltung ihres Unterrichts konzentrieren und eine höhere Unterrichtsqualität bieten.

Fazit

Insgesamt bietet ChatGPT Lehrerinnen und Lehrern an kaufmännischen Schulen eine hervorragende Unterstützung bei der Unterrichtsvorbereitung und darüber hinaus vielfältige Einsatzmöglichkeiten im Unterricht. ChatGPT ist permanent verfügbar und hilft Ihnen, die Qualität Ihres Unterrichts zu verbessern.

Aufgabe Nr. 2 des VLW: Schreibe eine kritische Stellungnahme zum Umgang von Lehrkräften mit Schülerarbeiten, die mit Hilfe von ChatGPT angefertigt wurden.

Und hier die Antwort:

Als künstliche Intelligenz-Assistent kann ChatGPT in vielen Bereichen des Lehrerberufs eine große Hilfe sein. Lehrerinnen und Lehrer können Zeit sparen und effizienter arbeiten, indem sie ChatGPT bei der Erstellung von Unterrichtsmaterialien und der Beantwortung von Fragen einsetzen. Allerdings kann die Verwendung von ChatGPT bei der Anfertigung von Schülerarbeiten zu Kontroversen führen.

Wenn Schülerinnen und Schüler ChatGPT zur Unterstützung bei der Erstellung von Hausaufgaben, Referaten oder anderen Arbeiten verwenden, stellt sich die Frage, ob die Lehrkraft in der Lage ist, die Arbeit der Schülerinnen und Schüler zu beurteilen und angemessen zu bewerten. Hier ist es wichtig zu betonen, dass ChatGPT als Assistenz-Tool dienen soll und nicht als Ersatz für das eigenständige Denken und Arbeiten der Schülerinnen und Schüler. Es liegt in der Verantwortung der Lehrkräfte sicherzustellen, dass die Schülerinnen und Schüler die

nötigen Fähigkeiten erwerben, um die gestellten Aufgaben eigenständig zu bewältigen. Die Verwendung von ChatGPT sollte daher in Maßen erfolgen und als Ergänzung zum eigentlichen Lernprozess betrachtet werden.

Es ist auch wichtig, dass Lehrerinnen und Lehrer klare Anweisungen und Richtlinien für die Verwendung von ChatGPT in Schülerarbeiten geben, um sicherzustellen, dass die Schülerinnen und Schüler die Technologie auf eine ethisch und moralisch angemessene Weise einsetzen.

Insgesamt kann die Verwendung von ChatGPT als Assistenz-Tool für Schülerarbeiten eine Möglichkeit sein, den Lernprozess zu unterstützen und zu verbessern. Aber es ist wichtig, dass Lehrerinnen und Lehrer sich bewusst machen, wie sie ChatGPT einsetzen und sicherstellen, dass die Schülerinnen und Schüler die nötigen Fähigkeiten erwerben, um eigenständig und kritisch zu denken.

Aufgabe Nr. 3 des VLW: Was sollten Lehrer von Politikern fordern, um für die Anwendung von ChatGPT gerüstet zu sein?

Und hier die Antwort:

Lehrer sollten von Politikern fordern, dass sie bestimmte Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass sie für die Anwendung von ChatGPT gerüstet sind. Hier sind einige der wichtigsten Forderungen:

1. Fortbildungen für Lehrer: Politiker sollten Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer fördern, die ihnen

helfen, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten im Umgang mit künstlicher Intelligenz und ChatGPT zu verbessern. Diese Fortbildungen sollten Lehrerinnen und Lehrern beibringen, wie sie Schülerarbeiten, die mit ChatGPT erstellt wurden, erkennen und bewerten können und wie sie Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen können, ChatGPT auf eine Weise zu

nutzen, die ihre intellektuelle Entwicklung fördert.

2. Entwicklung von pädagogischen Richtlinien: Politiker sollten die Entwicklung von pädagogischen Richtlinien fördern, die Lehrerinnen und Lehrern helfen, den richtigen Umgang mit ChatGPT in der Schule zu lehren. Diese Richtlinien sollten klare Anforderungen an die Schülerinnen und Schüler stellen und den Lehrerinnen und Lehrern Anleitungen und Methoden an die Hand geben, um den Schülerinnen und Schülern zu helfen, ChatGPT auf eine Weise zu nutzen, die ihre Fähigkeiten und ihr Verständnis fördert.
3. Finanzielle Unterstützung: Politiker sollten finanzielle Unterstützung für Schulen und Lehrerinnen und Lehrer bereitstellen, um sicherzustellen, dass sie Zugang zu den neuesten Technologien haben, die für die Arbeit mit ChatGPT erforderlich sind. Diese Unterstützung sollte auch dafür sorgen, dass Schulen über ausreichende Ressourcen verfügen, um Schü-

lerinnen und Schüler zu unterstützen, die Schwierigkeiten beim Umgang mit ChatGPT haben.

4. Regulierungen: Politiker sollten Regulierungen entwickeln, die den Einsatz von ChatGPT in der Schule regulieren. Diese Regulierungen sollten sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler ChatGPT nur auf eine Weise nutzen, die ihre intellektuelle Entwicklung fördert und nicht ihre Kreativität oder ihre Fähigkeit zum kritischen Denken einschränkt. Es sollten auch klare Grenzen festgelegt werden, um sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schüler ChatGPT nicht als Ersatz für eigenes Denken und Arbeiten nutzen.

Indem Lehrerinnen und Lehrer Politiker dazu auffordern, diese Maßnahmen zu ergreifen, können sie sicherstellen, dass sie für die Anwendung von ChatGPT gerüstet sind und dass Schülerinnen und Schüler die nötigen Fähigkeiten erwerben, um kritisch und eigenständig zu denken.

KOMMENTAR DES VLW

Die dargestellten Antworten von ChatGPT zeigen eindrücklich, dass die künstliche Intelligenz in unserer Wirklichkeit angekommen ist. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis sich diese in der beruflichen Arbeitswelt etabliert hat.

Die Forderung nach Verboten von ChatGPT an Schulen, wie dies z. B. in New York ausgesprochen wurde, erscheint uns deshalb weder durchsetzbar noch sinnvoll. Vielmehr sollten wir Lehrkräfte das neue Tool als Chance sehen. Sowohl für uns Kolleginnen und Kollegen, denen das Programm wertvolle Unterstützung bei der Unterrichtsvorbereitung und -gestaltung bietet als auch für unsere Schülerinnen und Schüler, die lernen sollten, das Programm, auch für ihr späteres Berufsleben, sinnvoll und zielgerichtet einzusetzen.

Klar ist, dass ChatGPT das eigenständige und kritische Denken nicht ersetzen darf und kann. Wir Lehrkräfte müssen deshalb über Aufgabenformate nachdenken, mit denen genau dies gefordert und gefördert wird. Dazu benötigen wir dringend die passenden Fortbildungen. Das Pädagogische Landesinstitut hat bereits reagiert und erste Veranstaltungen in sein Programm aufgenommen.

Nun sind noch unsere Schulträger in der Pflicht, uns die technische Ausstattung zur Verfügung zu stellen, damit ChatGPT neben weiteren digitalen Anwendungen an der Schule eingesetzt werden kann. Das darf trotz klammer Kassen keinesfalls auf die lange Bank geschoben werden.

Karl-Heinz Fuß



BLAU-MACHEN BOOMT



Foto: AdobeStock

Kürzlich übergab mir der Kollege das Klassenbuch mit der Frage „Heute fehlen wieder so viele, schreibst du etwa einen Test?“ Und tatsächlich kennt wohl jeder dieses Phänomen, dass an Tagen, an denen Leistungsnachweise anstehen, die Fehlquoten bei den Schülerinnen und Schülern signifikant höher sind als an anderen Tagen.

Aber auch insgesamt habe ich den Eindruck, dass das Blaumachen seit der Pandemie ein bislang nicht gekanntes Niveau erreicht hat. Ich muss mir nur die sich füllenden Ordner anschauen, in denen die Entschuldigungen und Mahnungen gesammelt werden.

Es gibt einige Umstände, die diese Entwicklung begünstigen. So haben die Schülerinnen und Schüler während der Pandemie die Erfahrung gemacht, dass es selbst per Telefon möglich ist, eine ärztliche Schulunfähigkeitsbescheinigung zu bekommen. Und dass es ja gar nicht so dramatisch ist, wenn man den einen oder anderen Tag vom Unterricht fernbleibt. Schließlich schicken ja die Klassenkameraden alles, was wichtig ist, in die WhatsApp-Gruppe. Und zudem findet sich reichlich Material zum Nacharbeiten auf der Lernplattform. Weshalb denn noch täglich in die Schule gehen?

Dass der Absentismus den Lehrkräften jede Menge Arbeit macht, interessiert die Schülerinnen und Schüler kaum. Man denke

nur an das mühsame Aufsetzen von Nachschreibearbeiten und das Finden geeigneter Termine, an denen ein Teil der Nachschreiber prompt erneut fehlt und somit der ganze Aufwand in die nächste Runde geht. Ebenso wenig scheint es die Juristen im Bildungsministerium zu interessieren, welcher Aufwand für die Lehrkräfte durch die hohen Fehlzeiten entsteht. Vielmehr mussten die Vertreter des VLW von dort erfahren, dass in Anlehnung an das Arbeitsrecht das Einfordern einer ärztlichen Bescheinigung erst ab dem dritten Fehltag in Folge verlangt werden kann. Dies gelte auch für Tage, an denen Klassenarbeiten geschrieben werden. Eine Ausnahme dürfe lediglich in besonderen Einzelfällen, z. B. bei notorisch Fehlenden, die bereits gemahnt wurden, oder bei Abschlussprüfungen gemacht werden. Dass die Ärzte mit Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung zunehmend unwillig sind, handschriftliche Bescheinigungen zu erstellen, verschärft die Problematik zusätzlich.

Da ich sicherlich nicht allein der Meinung bin, dass wir aus pädagogischen Gründen an der täglichen Präsenzpflicht festhalten sollten, fordere ich Unterstützung vom Bildungsministerium. Zum einen wäre das die Rückendeckung dafür, dass wir die Attestpflicht beim Versäumen von Leistungsnachweisen weiterhin in unsere Hausordnungen schreiben dürfen. Zum anderen fordere ich die Unterstützung durch eine Verwaltungskraft, welche die Fehlzeiten für mich verwaltet, die Entschuldigungen fristgerecht einfordert, die Mahnungen schreibt und den Eltern und den Betrieben hinterhertelefoniert.

Denn das gäbe mir endlich wieder mehr Zeit für das, wofür ich eigentlich ausgebildet wurde, nämlich das Unterrichten.

Karl-Heinz Fuß



Dieser QR-Code führt Sie zu OpenAi.com, dem US-amerikanischen Unternehmen, das ChatPGT entwickelt hat. Von dort aus können Sie die KI selbst ausprobieren.

UWE HERRMANN – BILDUNGSKRITIK IN KARIKATUREN



„Der schafft mol wieder nix!“ – Wenn Kreative auf Ideensuche sind, hilft oft Abstand vom Schreibtisch. Dann entsteht der Eindruck, dass sie sehr viel Freizeit haben ...

Seit mehr als zehn Jahren erstellt Uwe Herrmann Karikaturen für den VLW Rheinland-Pfalz und bringt damit wichtige politische Botschaften auf den Punkt. Getreu dem Spruch „Ein Bild sagt mehr als tausend Worte“ stellen seine Karikaturen einen Blickfänger und eine gern gesehene Ergänzung zu unseren Nachrichten- und Kommentartexten dar. Bei unseren politischen Ansprechpartnerinnen und -partnern sind es oftmals willkommene Türöffner. Im Interview verrät Uwe Herrmann, wie sein Alltag als Karikaturist aussieht.

VLW kompakt: Welches war Ihre erste Karikatur für den VLW Rheinland-Pfalz?

Uwe Herrmann: Die erste Karikatur entstand, als Kurt Beck noch Ministerpräsident war. Er stand damals in der Kritik, Geld für den gescheiterten Vergnügungspark am Nürburgring verschleudert zu haben, während gleichzeitig an der Bildung gespart wurde. Das war im Jahr 2012.

Wie viele Karikaturen zeichnen Sie seither für den VLW etwa pro Jahr?

Pro Jahr entstehen ungefähr drei bis vier Karikaturen. Somit hat sich im Laufe der Jahre eine stattliche Anzahl an Karikaturen angesammelt. Interessanterweise haben viele der politischen Inhalte nach wie vor Gültigkeit. Dennoch kommen immer wieder neue Themen hinzu.

Was macht für Sie den besonderen Reiz und die Faszination an Karikaturen aus?

Karikaturen geben einem die Möglichkeit, mit knappsten Mitteln eine eigene Meinung zu einem bestimmten politischen oder sozialen Thema zu äußern. Eine kommentierende Zeichnung ist, wie ein Foto auch, immer ein Blickfang und garantiert eine hohe Wahrscheinlichkeitsquote wahrgenommen zu werden, sei es auch nur für ein paar Sekunden. Ein starker Vorteil dem schreibenden Kollegen gegenüber, dessen Texte oftmals aus Desinteresse oder Lesefaulheit ignoriert werden.

Wie gelingt es Ihnen, die handelnden Personen, wie beispielsweise unsere Ministerin, so treffsicher darzustellen, dass man sie sofort erkennt?

Durch langjährige Übung und mit Hilfe meines Grafiktablets am PC, welches mir ermöglicht, mehrfach schwierige zeichnerische Elemente nachzubessern, was bei einem Original nicht möglich wäre.

Die erste Karikatur für den VLW Rheinland-Pfalz aus dem Jahre 2012



Woher holen Sie die Ideen für Ihre kreativen Darstellungen?

Ich muss ganz normal und so lange über den Sachverhalt nachdenken, bis mir eine Idee gekommen ist, wie ich die Thematik karikaturistisch umsetzen kann. Wenn das nicht gleich klappt, gehe ich mit dem Hund spazieren und grübele so lange bis es „klick“ macht. Dann sagen die Leute „Der Herrmann schafft mol wieder nix!“

In der Pfalz sind Sie ja weithin bekannt, einerseits durch Ihre Veröffentlichungen in der Rheinpfalz und durch Ihre Serie „Weck, Worscht & Woi“ im LEO. Darüber hinaus haben Sie zusammen mit Michael Konrad schon einige Bücher herausgebracht, die sich erfrischend humorvoll mit dem pfälzischen Dialekt befassen, wie z. B. die Reihe „Können Sie pfälzisch?“. Gibt es zudem weitere Auftraggeber, für die Sie arbeiten?

Unter meiner Webseite www.karikaturist.de finden Sie eine Referenzliste. Die geht vom Weltunternehmen über alle nur denkbaren Kunden bis hin zur Geburtstagskarikatur für Privatpersonen.

Sehen Sie in der Arbeit für einen Lehrkräfte-Verband einen Unterschied zu Ihren Arbeiten für eine Zeitung wie die „Rheinpfalz“?

Zeitungskarikaturen behandeln meistens tagesaktuelle Themen, die für den Lehrerverband sind dagegen eher längerfristig präsent. Der Hauptunterschied ist aber der, dass ich bei Redaktionsaufträgen grundsätzlich alleine am Thema arbeite, während es bei den Aufträgen für den VLW doch ein reges Hin und Her gibt, bis die Szenerie steht. Immerhin geht es für die Betroffenen ja darum, die angestrebten wichtigen Ziele zeichnerisch und inhaltlich optimal umzusetzen.

Wie direkt oder wie aggressiv darf eine Karikatur sein (bedenkt man etwa die aktuelle Diskussion um Lars Reichow und seine Äußerungen zur AfD)?

Die Karikatur darf im Grunde alles und sollte keinesfalls Milde mit den Protagonisten walten lassen. Denn das würde dem Wesen der bissigen Karikatur widersprechen. Abzulehnen sind aber billige Beleidigungen. Eine Karikatur soll den Finger auf intelligente Weise in die Wunde legen.

Erfahren Sie in Ihrer Arbeit viel kritische Rückmeldungen?

Im Grunde wenig. Die Redaktionen sind leider etwas zurückhaltend, was die Veröffentlichung direkter Karikaturen anbelangt. Da wird im Zweifel doch eine etwas gemäßigte Version bevorzugt, die dann natürlich auch weniger Anlass zur Empörung gibt. Einmal jedoch hat sich ein prominenter Bischof beim Chefredakteur höchstpersönlich über mich beschwert. Da war ich richtig stolz. Leider hatte der Bischof die Karikatur überhaupt nicht verstanden.

Haben Sie bei all diesen Aufträgen noch Zeit für Hobbys?

Nicht immer. Aber wenn, dann jogge ich und spiele Badminton, Kontrabass und Saxofon. Leider nur auf mittelmäßigem Niveau. Aber es macht Spaß, und nur darum geht es mir.

Dass Sie auch bei der Arbeit Spaß haben, daran gibt es keinen Zweifel. Denn das sieht man Ihren Werken an, mit denen es Ihnen regelmäßig gelingt, auch anderen Menschen Spaß zu bereiten.

Der VLW bedankt sich für das Interview und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit mit Uwe Herrmann.



VLW RHEINHESSEN WÄHLT STARKEN VORSTAND

v.l.n.r.: Karl-Heinz Fuß, Michael Lutz, Jutta Macher, Kristina Stoll, Emöke Anderlik, Peter Kempf, Thorsten Weber, Joachim Veigel, Oliver Wingerter, Jürgen Hatzfeld, Volker Wolff

LEHRERBERUF ATTRAKTIVER GESTALTEN

Im Anschluss folgte eine lebhafte Diskussion zu aktuellen bildungs- und verbandspolitischen Themen. Einigkeit bestand darin, dass die von der KMK vorgestellten Maßnahmen zur Reduzierung des Lehrermangels überwiegend unpassend sind. Man wurde sich einig, dass einerseits für das Lehramt an BBS zu werben ist, aber gleichzeitig auch die Attraktivität des Lehrerberufs erhöht werden muss. Dazu gehören die Entlastung von Aufgaben außerhalb des Unterrichts und, mit Blick auf die derzeit hohe Inflationsrate, eine angemessene Besoldungserhöhung im kommenden Herbst.

Unverständnis wurde darüber geäußert, dass derzeit im Bezirk selbst sehr gut geeignete Absolventen mit 2. Staatsexamen abgewiesen werden, während vom benachbarten Bundesland Hessen über eine geradezu zuvorkommende Einstellungspraxis berichtet wird.

IN TRIER STARK VERTRETEN

Zur Vorbereitung der Landesdelegiertenversammlung am 24. April in Trier wurden die Delegierten des Bezirks gewählt, Anträge gesammelt und diskutiert. Mit Blick auf die laufende Einkommensrunde für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen wurde zur Solidarität bei der angekündigten Demonstration in Koblenz aufgerufen. Dort und auch zu weiteren Anlässen wird der Bezirk Rheinhausen mit seinem starken Team die Fahne des VLW im Interesse seiner Kolleginnen und Kollegen hochhalten. ■

Save the date

**TAG DER KFM. SCHULE UND
LANDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG**

24. April 2023 • Trier

Bei seiner Bezirksversammlung hat der VLW Rheinhausen am 14. Februar satzungsgemäß die Neuwahlen des Bezirksvorstands durchgeführt. Fast alle bisherigen Vorstandsmitglieder kandidierten erneut und wurden durch ihre Neuwahl im Amt bestätigt.

Es ist erfreulich, dass im neugewählten Vorstand wieder alle BBSn des Bezirks vertreten sind. Als Vorsitzende wurde Emöke Anderlik (Ortsverband Worms) bestätigt. Als ihre Stellvertreter wurden Jürgen Hatzfeld (OV Worms) und Jutta Macher (OV Mainz III) gewählt. Jutta Macher wurde in Personalunion zudem in ihrem Amt als Schriftführerin bestätigt. Die Kasse wird weiterhin von Joachim Veigel (Mainzer Steinhöfelschule) geführt. Als Beisitzer wurden wie folgt gewählt: Karl-Heinz Fuß (OV Alzey), Peter Kempf (OV Bingen), Michael Lutz (OV Bingen), Kristina Stoll (OV Mainz III), Thorsten Weber (OV Worms), Oliver Wingerter (OV Worms) und Volker Wolff (OV Mainz IV). Als Kassenprüfer wurden Bernhard Bohrer (OV Bingen) und Florian Roth (OV Mainz III) gewählt.

Die anwesenden Vertreter des Landesvorstands gratulierten den wieder- und neugewählten Mitgliedern des Bezirksvorstands sowie den Kassenprüfern, bedankten sich für das Engagement und wünschten viel Erfolg für die bevorstehende Amtsperiode.

DER VLW TRAUERT UM SEIN EHRENMITGLIED NORTRUD HUMMEL



Nortrud Hummel bei der VLW-Landesversammlung 2018 in Trier

Nortrud Hummel leitete von 1990 bis 1993 die Gustav-Stresemann-Wirtschaftsschule in Mainz und von 1994 bis 2002 die Berufsbildende Schule Zweibrücken. Auch darüber hinaus hat sie sich engagiert. So war sie für die CDU im Stadtrat vertreten und war stellv. Vorsitzende der Frauenunion und Mitglied im Vorstand der Seniorenunion.

Im VLW hatte sie mehr als 25 Jahre das Amt der Landes-schatzmeisterin inne und war über viele Jahre Mitglied im Ausschuss des VLW-Bundesverbands. Aufgrund ihrer Verdienste wurde Nortrud Hummel im Jahr 2008 im Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen zum VLW-Ehrenmitglied ernannt.

Auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Landesvorstand war Nortrud Hummel stets interessiert am VLW und seiner Arbeit. An VLW-Versammlungen und Tagungen hat sie bis zuletzt im Oktober 2021 in Bingen persönlich teilgenommen. Sie war stets ein gern gesehener Gast.

Nortrud Hummel starb mit 82 Jahren am 9. Februar. Wir verlieren mit ihr einen lieben und geschätzten Menschen, der sich mit Engagement für das berufliche Schulwesen eingesetzt hat.

Wir trauern mit ihren Angehörigen und werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Kirchheimbolanden, 11. Februar 2023

IMPRESSUM

Herausgeber
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BVLB

Vorsitzender
Dirk Mettler

Geschäftsstelle
Hildchen 7 • 56077 Koblenz

Redaktion
Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout
Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

Karikatur auf der Titelseite
Uwe Herrmann

Auflage
1.500 Stück

Druck
SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c
01277 Dresden



DER VLW FORDERT

... EINE ANGEMESSENE ERHÖHUNG DER BESOLDUNG ENTSPRECHEND DER ENTWICKLUNG DER LEBENSHALTUNGSKOSTEN.

Die Besoldungsentwicklung im öffentlichen Dienst darf nicht von der Gehaltsentwicklung in der Privatwirtschaft abgehängt werden. Der VLW unterstützt deshalb die Forderungen der dbb tarifunion in der aktuellen Einkommensrunde.

... DEN ERHALT DER TEILZEIT IM LEHRAMT BBS.

Die Möglichkeiten zum Dienst in Teilzeit müssen erhalten bleiben. Dies betrifft auch die Altersteilzeit und das Sabbatjahr. Im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Gesundheitsvorsorge ist die Teilzeit ein wesentliches Plus im Lehramt an berufsbildenden Schulen.

... FORTBILDUNGSANGEBOTE UND UNTERSTÜTZUNG BEIM UMGANG MIT PROGRAMMEN DER KÜNSTLICHEN INTELLIGENZ.

Die sogenannten Chatbots zeigen die rasante Entwicklung an digitalen Werkzeugen. Wir Lehrkräfte wollen dafür gerüstet sein und erwarten die entsprechende Unterstützung durch den Dienstherrn.

... UNTERSTÜTZUNG DURCH MULTIPROFESSIONELLE TEAMS.

Zu unserer Entlastung benötigen wir dringend Unterstützung durch Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen und Verwaltungskräfte, damit für unsere eigentliche Unterrichtstätigkeit genügend Zeit bleibt.

**JETZT
MITGLIED
WERDEN!**

KOMPAKT



LANDESVERSAMMLUNG RHEINLAND-PFALZ

**GUTE KAMPAGNEN
STATT ABSCHRECKUNG**

Wir müssen im Wettbewerb bestehen

POLITISCHE GESPRÄCHE

Der VLW bei den Landtagsfraktionen
und der Ministerin



VLW-LANDESVERSAMMLUNG IN TRIER



GESPRÄCH mit der Ministerin



PERSONELLE UNTERSTÜTZUNG

Schulen brauchen IT-Fachkräfte

03 DEN ANSCHLUSS NICHT VERLIEREN
Editorial von Karl-Heinz Fuß

**04 GUTE KAMPAGNEN STATT
ABSCHRECKUNG**
Kommentar des Landesvorsitzenden

**05 „TAG DER KAUFMÄNNISCHEN
SCHULE“ UND LANDESVERSAMMLUNG
RHEINLAND-PFALZ**
Der VLW im Trierer Robert-Schuman-Haus

**11 DIRK METTLER: „DIE BASIS ZU
STÄRKEN IST EINES MEINER ZIELE**
*Bericht des Landesvorsitzenden zur
Landesdelegiertenversammlung 2023*

**12 LEHRBERUF ATTRAKTIVER
GESTALTEN – LEHRKÄFTE STÄRKEN –
LEHRKRÄFTE GEWINNEN**
Entschließungsantrag

**13 ANTRÄGE DER
LANDESVERSAMMLUNG**

**19 WIR BRAUCHEN EINEN
DIGITALEN HAUSMEISTER**
*Der VLW im Gespräch mit dem
Bildungsausschuss der SPD-Fraktion*

**20 RHEINLAND-PFALZ IST BEIM DIENST-
FAHRRAD AUF EINEM GUTEN WEG**
*Dirk Mettler und Karl-Heinz Fuß trafen
MdL Daniel Köbler*

**21 BEIM DIGITAL-SUPPORT MÜSSEN
DIE SCHULTRÄGER LIEFERN**
Im Gespräch mit der Ministerin

23 IN ALLER KÜRZE & IMPRESSUM

24 FORDERUNGEN DES VLW

DEN ANSCHLUSS NICHT VERLIEREN



*Sie haben Anregungen
oder Wünsche? Dann
schreiben Sie mir unter
redaktion@vlw-rlp.de*

Liebe Leserin, lieber Leser,

bei der Erstellung dieses Heftes kam mir eine Liedzeile von Hannes Wader von Anfang der 70er Jahre in den Sinn. Sie lautet: „So vergeht Jahr um Jahr, und es ist mir längst klar, dass nichts bleibt, dass nichts bleibt, wie es war.“ Wenngleich diese Zeilen eher aus autobiographischer Sicht entstanden sind, beschreiben sie auch eine Erscheinung, welche die ganze Menschheitsgeschichte über zu beobachten ist. Gesellschaft unterliegt einem stetigen Wandel, und das ist gut so, wie ich meine. Allerdings nimmt dieser Wandel derzeit dermaßen an Fahrt auf, dass ich mich frage, ob unser staatliches Schulwesen in der Lage ist, auf all die Veränderungen frühzeitig und mit angemessenen Mitteln zu reagieren.

Vielmehr passt wohl das gern gewählte Bild des großen schweren Tankers, der nicht so schnell auf einen neuen Kurs gebracht werden kann. Wenn nun die Zyklen für erforderliche Kursänderungen immer kürzer werden, so wie dies aktuell durch die digitale Transformation, durch nicht prognostizierbare Migration und weitere Einflüsse der Fall ist, dann fährt der große Tanker der

Bildungspolitik erst einmal stur weiter. Geradeaus, denn Kursänderungen wirken erst mit einer gewissen Verzögerung. Deshalb ist jetzt schon klar, dass die Schule der Zukunft agil aufgestellt sein muss. Das bedeutet nicht, auf jede kleine Modeerscheinung zu reagieren, sondern vielmehr auf wissenschaftlichen Erkenntnissen fundierende Entscheidungen zu treffen.

Insbesondere für die berufsbildenden Schulen, an denen junge Menschen für den Beruf qualifiziert werden, ist es bedeutsamer denn je, dass diese auf Höhe der Zeit ausgebildet werden. Andernfalls droht die duale Berufsausbildung, zumindest auf schulischer Seite, den Anschluss zu verlieren. Davon betroffen ist auch der Lehrkräftenachwuchs. Zum ersten Mai ist die Zahl derjenigen, die in Rheinland-Pfalz an den BBS-Studienseminaren den Vorbereitungsdienst angetreten haben, mit 36 Personen auf ein Rekordtief gesunken. Es ist also höchste Zeit, die Attraktivität des Lehramts an BBS in den Fokus zu stellen.

Dass, ebenso wie unsere Schülerinnen und Schüler, viele potenzielle Nachwuchskräfte der Generation Z (ca. 1995–2012 geboren), anders

„ticken“ als vorherige Generationen, wurde von Prof. Gerholz beim VLW-Tag der kaufmännischen Schule in Trier humor- und eindrucksvoll dargestellt. Bei der anschließenden Landesdelegiertenversammlung hat der VLW eine dementsprechende Resolution verabschiedet, die Sie in diesem Heft, neben den weiteren beschlossenen Anträgen, nachlesen können. Ebenso zu diesem Thema finden Sie den Kommentar unseres Landesvorsitzenden. Aus dem Verbandsleben berichtete Dirk Mettler in seiner Eröffnungsrede in Trier. Selbstverständlich setzt sich der VLW bei der Ministerin und bei den politischen Landtagsparteien für die berufliche Bildung und für die Interessen seiner Mitglieder ein. Berichte dazu finden Sie ebenfalls in diesem Heft.

Bitte achten Sie darauf, was der Fehler-teufel in unserem Kalender ange-stellt hat. Den Hinweis dazu finden Sie auch in dieser Ausgabe des VLW kompakt.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr Karl-Heinz Fuß

GUTE KAMPAGNEN STATT ABSCHRECKUNG!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

allerorten ist vom Fachkräftemangel die Rede, fast an jeder Ladentür hängen Plakate, die um Arbeitskräfte und/oder Auszubildende werben. Der Arbeitsmarkt ist längst zu einem Arbeitnehmermarkt geworden. Daraus folgt, nach wirtschaftlicher Logik, dass die Arbeitgeber ihre Anstrengungen zur Gewinnung von Nachwuchskräften verstärken müssen. In der Privatwirtschaft scheint man dies schon lange verstanden zu haben, entsprechende Werbekampagnen sind nicht zu übersehen. Anders sieht dies jedoch bei unserem Dienstherrn aus. Bewerberinnen und Bewerber für den Vorbereitungsdienst genauso wie die Absolventinnen und Absolventen desselben werden von der Schulbehörde wie Bittsteller behandelt. Zusagen für einen Referendariatsplatz werden so kurzfristig verschickt, dass jene Bewerberinnen und Bewerber, die noch in einem Arbeitsverhältnis stehen, auf das Wohlwollen ihres Arbeitgebers angewiesen sind, weil sie die gesetzliche Kündigungsfrist nicht mehr einhalten können. Dabei brauchen wir gerade diese fachlich hochqualifizierten und mit der Praxis vertrauten Menschen dringend in unseren Schulen! Für viele gibt es dann etwa anderthalb Jahre später, wenn sie kurz vor dem Examen und unter entsprechender Anspannung stehen, ein Déjà-vu: Statt konkreter Stellenzusagen gibt es seitens der Schulaufsicht nur nebulöse Aussagen über eventuell vorhandene Planstellen an noch nicht näher definierten Schulstandorten. Wen wundert es da, dass viele potenzielle Kolleginnen und Kollegen lieber woanders hingehen? Entweder – zu besseren Bedingungen – in benachbarte Bundesländer oder eben in die Privatwirtschaft.

Wann kapiert man in der Mittleren Bleiche endlich, dass wir Berufsbildner einen knallharten Wettbewerber



haben, der die Spielregeln des Marktes kennt und zu seinem Nutzen anzuwenden weiß? In diesem Punkt unterscheiden wir uns dramatisch von den allgemeinbildenden Schulen. Für einen Allgemeinbildner mit den Fächern Erdkunde und Sport sind die Alternativen zum Schuldienst wahrscheinlich überschaubar. Für Berufsbildner sieht dies jedoch grundlegend anders aus. Für sie gibt es in Handel, Dienstleistung und Gewerbe attraktive Jobangebote, etwa in der betrieblichen Ausbildung. Man kann sich also nicht darauf verlassen, dass Lehramtsstudentinnen und -studenten mit beruflichen Fächern auf die Segnungen des Staates angewiesen sind! Hinzu kommt, dass die derzeitigen Rahmenbedingungen für die eben bereits erwähnten Praktiker ohne Lehramtsstudium, die sich dennoch für das Lehramt interessieren, eher abschreckend wirken. Dabei brauchen wir diese Quereinsteiger dringend! Wer sonst soll denn etwa die vielen angehenden Erzieherinnen und Erzieher, um die sich das Bildungsministerium derzeit mit einer professionellen Kampagne bemüht, ausbilden?

Was man tun müsste, um den Beruf der Lehrkraft an BBSn attraktiver zu gestalten, wiederholen wir seit vielen Jahren gebetsmühlenartig. Auch bei unserer diesjährigen Landesdelegiertenversammlung haben wir unsere aktuellen Vorschläge in

einer Resolution zum Ausdruck gebracht. An mangelnden Ideen kann es also nicht liegen. Das Gegenteil bewirken würden die Vorschläge, die die „Ständige Wissenschaftliche Kommission“ bei der KMK in die Welt gesetzt hat. Deren Mitglieder müssen unter ständigen Alpträumen gelitten haben, anders lassen sich diese weltfremden Vorschläge aus dem Horrorkabinett wohl kaum erklären. Gott sei Dank scheint man das auch bei vielen Bildungspolitikern des rheinland-pfälzischen Landtags so zu sehen. Zumindest haben sie dies in den Gesprächen, die wir in den letzten Monaten mit ihnen geführt haben, stets betont. Sollten sie dies vergessen, werden wir sie daran erinnern.

Hinzu kommt noch, dass die „Generation Z“, die schon in den kommenden Jahren als neue Kolleginnen und Kollegen vor der Tür stehen wird, wie wir am Tag der kaufmännischen Schule gehört haben, völlig andere Vorstellungen über eine attraktive Arbeitswelt hat als die derzeit aktuellen Gegebenheiten. Auch im öffentlichen Dienst mit seinen festgefahrenen Strukturen wird man um eine Flexibilisierung nicht herumkommen. In letzter Konsequenz muss dann natürlich auch über andere Arbeitszeitmodelle nachgedacht werden. So weit sind wir aber noch nicht. Fürs Erste wäre schon viel erreicht, wenn der an sich attraktive und erfüllende Beruf der Lehrerin bzw. des Lehrers an einer Berufsbildenden Schule von Aufgaben entlastet würde, die für der Erfüllung der Kernaufgabe – das Unterrichten – eher hinderlich als hilfreich sind. Es ist ja verständlich, dass man seitens der Landespolitik gerne auf die Verantwortung der Kommunen in ihrer Rolle als Schulträger verweist. Zielführend und hilfreich ist dieses Schwarzer-Peter-Spiel allerdings nicht.

Dirk Mettler



**Der VLW mit einer
Doppelveranstaltung
zu Gast im Trierer
Robert-Schuman-Haus:**

„TAG DER KAUFMÄNNISCHEN SCHULE“ UND LANDESVERSAMMLUNG RHEINLAND-PFALZ

Am 24. April hatte sich der VLW Rheinland-Pfalz viel vorgenommen: Vormittags bildete der „Tag der kaufmännischen Schule“ den Auftakt zur fälligen Landesversammlung am Nachmittag. Ein dichtes Programm also, mit dem Keynote Speaker Professor Karl-Heinz Gerholz aus Bamberg und anschließender Podiumsdiskussion, nach einer Mittagspause gefolgt von Wahlen und der Diskussion und Verabschiedung von Anträgen.



Der Landesvorsitzende begrüßte die anwesenden Gäste und Delegierten, unter ihnen eine Delegation des vlbs Rheinland-Pfalz unter Führung ihres Landesvorsitzenden Harry Wunschel. Besondere Erwähnung fanden Stefanie Tischler als neue Bezirksvorsitzende des Bezirks Koblenz (verbunden mit dem Dank an den langjährigen Vorsitzenden Kurt Flöck), Michael Steuer als neuen Bezirksvorsitzenden des Bezirks Trier und der anwesende Heinz Werner Seyler, der seit Jahren unermüdlich und mit großem und erfolgreichem Einsatz unsere Website betreut und immer wieder den aktuellen Gegebenheiten anpasst (siehe Foto links).

Den Auftakt der Veranstaltung bildete ein Grußwort durch keinen Geringeren als einen der beiden Bundesvorsitzenden des BvLB, Pankraz Männlein, Schulleiter der BBS Bamberg. Pankraz Männlein war vor der Fusion der beiden Bundesverbände im Bundesvorstand des VLW lange zuständig für Fragen der Lehrkräfteausbildung an den Universitäten und berufsbildenden Schulen.

KEYNOTE ÜBER „GEN Z“

Als Motto hatte der Landesvorstand das Thema „Generation Z – wie lernen sie?“ vorgegeben und dazu interessante Gäste eingeladen, an der Spitze Professor Dr. Karl-Heinz Gerholz vom Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik an der Universität Bamberg. In seinem – alles andere als wissenschaftlich-trockenen – Vortrag skizzierte er Möglichkeiten eines der „Generation Z“ angepassten Unterrichts und Lernens. Schon beim Berufsbildungskongress 2022 des BvLB in Berlin konnte er mit seinen

ZUR PERSON

Elisabeth Anacker, 30 Jahre alt, unterrichtet an der BBS II Kaiserslautern Gesundheit und Mathematik. Nach dem Abitur an einem Wirtschaftsgymnasium in Baden-Württemberg studierte sie an der Universität Heidelberg. Ihr Referendariat absolvierte sie an der Augusta-Bender-Schule in Mosbach im Odenwald und dem Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (Berufliche Schulen) in Karlsruhe. Inzwischen wohnt sie in Kaiserslautern und verbringt ihre Freizeit gerne in der Natur.



vorstand freut sich auf die Zusammenarbeit und gratuliert Elisabeth Anacker herzlich zur Wahl!

Ein Entschließungsantrag des Landesvorstandes – ständiger guter Brauch auf unseren Landesversammlungen – bildete den Auftakt zur Antragsberatung. Er setzte sich auseinander mit den aktuellen Fragen der Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz, insbesondere auch mit einer Reaktion auf die teils abstrusen Forderungen der „Ständigen Kommission“ der KMK zum Thema Lehrkräftemangel und -bedarf. Kontrovers wurde es dann, wie zu erwarten war, mit einem nicht angenehmen Thema, nämlich einer Beitragserhöhung für unsere Mitglieder. Nach zwölf Jahren seit der letzten Anpassung schlugen Schatzmeister Jürgen Hatzfeld und der Landesvorstand eine maßvolle Beitragserhöhung vor, die dann auch – nach einer teils kontroversen Diskussion – bei sieben Ablehnungen mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Weitere Anträge beschäftigten sich u. a. mit bildungspolitischen Themen (Imagekampagne BBS, Lehrkräfteversorgung, Mangelfächer), aber auch mit den Forderungen der Gewerkschaft VLW (Wegfall der Kostendämpfungspauschale, Jobticket u. a.).

Es gelang – dank der umsichtigen Diskussionsleitung von Jürgen Hatzfeld und Andreas Seehaus – die Landesversammlung um 16.00 Uhr pünktlich zu schließen, der Landesvorsitzende bedankte sich für die disziplinierte und qualifizierte Antragsberatung und schickte die Delegierten auf den teils langen Heimweg.

GELUNGENE VERANSTALTUNG

Aus den zahlreichen Rückmeldungen sowohl der Delegierten als auch der Gäste ist zu schließen, dass wir eine gelungene Veranstaltung im Robert-Schuman-Haus erlebt haben. Der Dank gilt allen Beteiligten, Gästen, Delegierten, anwesenden Ehrenmitgliedern und Mitgliedern des Landesvorstandes.

Michael Lutz

Ausführungen zum Thema „Gestaltung beruflicher Bildungsprozesse als Chance“ die Zuhörenden fesseln, und der Landesvorstand nutzte die Chance, ihn für einen – ebenso unterhaltenden wie informierenden – Vortrag nach Trier zu holen. Auf einen ganz kleinen Nenner gebracht stellte Professor Gerholz Ansätze dar, wie auf die veränderten Lern- und Rezeptionsgewohnheiten der Generation Z (geboren zwischen 1997 und 2012) in unserem Unterricht reagiert werden muss, etwa mit an verkürzte Aufmerksamkeitsspannen angepassten Lehr- und Lernsequenzen. Veränderungen – ein Thema für die (berufsbildende) Schule seit alters her, und wer könnte das mehr verstehen als Berufsbildnerinnen und Berufsbildner?

PODIUMSDISKUSSION

In der anschließenden Podiumsdiskussion wurden die Thesen von Professor Gerholz diskutiert und vertieft, das Podium illustriert besetzt, neben Prof. Dr. Gerholz der Bundesvorsitzende des BvLB, Pankraz Männlein, unser Landesvorsitzender Dirk Mettler, Jutta Macher, Mitglied der Schulleitung an der BBS Mainz III und Patrick Grewis, Schulleiter der BBS Bernkastel-Kues und ehemaliger Fachleiter am Seminar – jeder auf dem Podium von Theorie und Praxis her Expertin oder Experte für Berufliche Bildung und Aus-

bildung von Lehrkräften an BBS. Michael Lutz als Moderator bemühte sich, den „theoretischen“ Thesen der Wissenschaft die praktischen Erfahrungen aus unseren Schulen gegenüberzustellen und dabei auch daran zu denken, dass der „Generation Z“ nicht nur unsere Schülerinnen und Schüler, sondern auch schon unsere Kolleginnen und Kollegen an den Seminaren angehören.

22 ANTRÄGE IN DER BERATUNG

Nach einer notwendigen Mittagspause begann dann die Landesversammlung des VLW Rheinland-Pfalz. Der Landesvorstand hatte für die Delegierten ein enges Programm vorgegeben. Zu Beginn gab der Landesvorsitzende Dirk Mettler seinen ersten Rechenschaftsbericht nach seiner Wahl in Bingen ab, gefolgt vom Bericht unseres Schatzmeisters Jürgen Hatzfeld. Der Landesvorstand wurde – nach dem Bericht der Kassenprüfer – von allen 84 anwesenden Delegierten einstimmig entlastet.

Der Landesvorstand schlug dann Elisabeth Anacker von der BBS Kaiserslautern II zur Wahl in den Landesvorstand vor. Sie wurde nach ihrer Vorstellung einstimmig gewählt und wird den Fachbereich „Gesundheit und Soziales“ im aktuellen Landesvorstand betreuen. Der Landes-



Ruth Jakob beim Empfang der Delegierten



Das Tagungspräsidium in Aktion:
Michael Lutz, Jürgen Hatzfeld und
Andreas Seehaus



VLW VERBAND DER
LEHRERINNEN UND LEHRER
AN WIRTSCHAFTSSCHULEN
RHEINLAND-PFALZ E. V.

Ihr Partner für berufliche Bildung

Wir bieten

- ✓ Interessenvertretung gegenüber Politik und Schulbehörden
- ✓ Regelmäßige Information durch aktuelle Publikationen
- ✓ Beratung und Unterstützung in dienstlichen Angelegenheiten
- ✓ Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen
- ✓ Gesetzessammlung für Neumitglieder
- ✓ Dienst-Rechtsschutz

Jetzt Mitglied werden!

www.vlw-rlp.de



Jürgen Hatzfeld (links) und Pankraz Männlein

Bericht des Vorsitzenden zur Landesdelegiertenversammlung 2023

DIRK METTLER: „DIE BASIS ZU STÄRKEN IST EINES MEINER ZIELE“



Dirk Mettler

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit der letzten Landesdelegiertenversammlung im Oktober 2021 sind nur anderthalb Jahre vergangen, wir sind also außerhalb unseres gewöhnlichen Rhythmus'. Und doch dient es dazu, wieder in den gewohnten Rhythmus zurückzufinden. Satzungsgemäß müssen wir uns nämlich alle zwei Jahre treffen und traditionell gibt es eine Versammlung im Vorfeld der Personalratswahlen, da bei uns die Delegierten über die Aufstellung der Listen entscheiden. Das wird im Herbst des nächsten Jahres wieder so weit sein.

Hinzu kommt, dass der für das Frühjahr 2021 geplante Tag der kaufmännischen Schule der Pandemie zum Opfer gefallen ist, sodass es auch hier mal wieder an der Zeit war, mit einer Fachtagung zu zeigen, dass wir mehr sind als eine Gewerkschaft, dass wir ein Fachverband für die berufliche Bildung im Allgemeinen und der Fachverband für kaufmännische Bildung im Speziellen sind!

Deshalb bot es sich aus unserer Sicht an, beides miteinander zu kombinieren und am selben Tag am selben Ort stattfinden zu lassen. Es ist für unseren Verband also ein

Novum und es ist auch gleich einiges schiefgegangen. Lediglich neun Ortsverbände haben Teilnehmer am Tag der kaufmännischen Schule gemeldet, sodass es einem Lotteriespiel glich, die Teilnehmerzahl zu finden, die wir ans Robert-Schuman-Haus gemeldet haben. Wir wollten ja einerseits sicherstellen, dass für jeden ein Platz da ist und niemand hungrig nach Hause fahren muss, ohne andererseits durch zu großzügige Planung finanzielle Mittel, die ja aus Ihren Mitgliederbeiträgen generiert werden, zu verschwenden.

Ich möchte an dieser Stelle aber nicht die Verantwortung dafür auf andere abschieben. Offensichtlich ist es uns nicht gelungen zu kommunizieren, dass es sich im Grunde um zwei verschiedene Veranstaltungen handelt. Es zeigt aber auch, wie sehr wir auf die Basis, also auf die Ortsverbände, angewiesen sind.

Diese Basis zu stärken, ist eines meiner Ziele, mit denen ich vor anderthalb Jahren angetreten bin. Das funktioniert aber nicht von oben herab, weshalb ich Sie alle bitte, in Ihren Ortsverbänden danach zu schauen, wer für die Verbandsarbeit in Frage kommt und bei wem es sich lohnen könnte, ihn oder sie darauf anzusprechen.

Mein zweites Ziel besteht darin, junge Menschen für die Verbandsarbeit auf allen Ebenen zu gewinnen, also auch für die Bezirke und den Landesverband. Das ist uns glücklicherweise auch gelungen. Es freut mich, dass wir mit Stefanie Tischer von der LES Neuwied eine neue Bezirksvorsitzende in Koblenz haben, die – davon bin ich überzeugt – den Bezirk genauso erfolgreich führen wird wie ihr Vorgänger Kurt Flöck, dem ich an dieser Stelle nochmals herzlich Dank sage für die Arbeit, die er im Bezirk geleistet hat und auch immer noch leistet. Der Dank gilt selbstverständlich auch für die Arbeit im Landesvorstand.

Ebenfalls mit einem neuen Bezirksvorsitzenden – diesmal in der maskulinen Form – gesegnet ist der Bezirk Trier. Michael Steuer von der BBS Bernkastel-Kues leitet fortan die Geschicke des Bezirks, dabei wird er von Patrick Grewis und Jörg Schütz unterstützt.

Außerdem ist es uns gelungen, eine junge Kollegin zu finden, die den Geschäftsbereich Gesundheit betreuen möchte. Elisabeth Anacker von der BBS Wirtschaft KL ist bereits seit knapp einem Jahr als kooptiertes Mitglied im Landesvorstand dabei und stellt sich heute Ihrem Votum.

Das dritte Ziel, das mir am Herzen liegt, ist die Verschmelzung unseres VLW mit dem vlbs zu einem neuen Verband, der sich mit vereinten Kräften für die Belange der BBS einsetzen kann. Erfreulicherweise konnten wir die Gespräche mit dem vlbs nach der Genesung des Landesvorsitzenden Harry Wunschel wieder aufnehmen. Nach meinem Eindruck sind wir auf einem guten Weg. Wir merken immer wieder, dass wir in vielen Dingen eine unterschiedliche Herangehensweise haben, die zu unterschiedlichen Strukturen und Prozessabläufen führt. Dank des intensiven Austauschs gelingt es beiden Seiten, die Denkweise der jeweils anderen Seite zu verstehen. Deshalb werden wir im Juni eine gemeinsame Klausurtagung der beiden Landesvorstände durchführen.

In einem weiteren Bereich, der nicht auf meiner Agenda stand, aber dennoch sehr wichtig ist, haben wir uns professionalisiert. Ich spreche von unserer Website, die jahrelang unser Sorgenkind war, bis sich Heinz Werner Seyler – übrigens aus Eigeninitiative – der Sache angenommen hat. Er hat die Seite komplett neu gestaltet, mit vielen nützlichen Funktionen, wie z.B. der Möglichkeit für die Mitglieder, Änderungen ihrer persönlichen Daten über ein Formular mitzuteilen, ausgerüstet und pflegt sie hingebungsvoll. Ich bin immer wieder fasziniert, wenn ich einen Wunsch äußere, der dann quasi „in Echtzeit“ ausgeführt wird.

Lieber Heinz Werner, wenn wir die Leistungen, die du so nebenbei für den Verband erbringst, bezahlen müssten, würde das unserem Schatzmeister Albträume bescheren. Deshalb ist es nur würdig und recht, wenn wir dir unseren Dank mit einer kleinen Aufmerksamkeit versüßen. Ich darf dich kurz nach vorne bitten.

Weiter professionalisiert hat sich auch unser Außenauftritt durch das neue Layout unserer Verbandszeitschrift

VLW kompakt, das wir der Initiative meines Vorgängers als Landesvorsitzender und gleichzeitig Nachfolgers als Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Karl-Heinz Fuß, verdanken. Wir haben da ein Produkt, das sich wirklich sehen lassen kann und den Vergleich mit den Zeitschriften größerer Verbände sicherlich nicht scheuen muss.

Etabliert ist inzwischen auch unser Newsletter, mit dem wir schnell und unkompliziert Informationen an unsere Basis transportieren können. Wenn Sie den Newsletter noch nicht abonniert haben, auch dazu findet sich eine Möglichkeit auf unserer Website.

Mit dem Abklingen der Pandemie haben wir auch den Draht zu politischen Ansprechpartnern wieder aufgenommen. Mit Bildungspolitikern der CDU- und der SPD-Fraktion haben wir bereits gesprochen, mit den Grünen haben wir im Mai einen Termin, ebenso mit der Ministerin. Diesen Termin haben wir bewusst so gelegt, dass wir Ihre Anregungen von heute mit in das Gespräch einfließen lassen können. Über die Ergebnisse werden wir in gewohnter Weise auf unserer Website und im VLW kompakt berichten.

Gestern war in den Nachrichten zu hören, dass sich die Tarifpartner des öffentlichen Dienstes nach langen und zähen Verhandlungen auf den Vorschlag der Schlichtungskommission geeinigt haben. Die Einigung steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Verdi-Mitglieder. Zu beachten ist, dass diese Einigung – so sie denn tatsächlich zustande kommt – für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen gilt, also nicht für die Länder. Ich gehe aber fest davon aus, dass dieser Abschluss die Richtlatte für die Verhandlungen der TdL mit den Bundesländern sein wird, die im Herbst beginnen. Mit anderen Worten: Es würde mich wundern, wenn es uns gelänge, einen besseren Abschluss zu erreichen. Wir können aber auch nicht davon ausgehen, dass sich die Tarifparteien so ohne weiteres auf einen vergleichbaren Abschluss einigen. Ich erwarte vielmehr auch hier eine harte und zähe Auseinandersetzung. Deshalb ist es wichtig, dass die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stark auftreten. Da wir nicht streiken dürfen – was ich als richtig erachte –, ist es umso wichtiger, dass alle die, die nicht durch eine konkrete Unterrichtsverpflichtung in der Schule gebunden sind, sich an den Demonstrationen beteiligen. Dann dauert die Korrektur der Klassenarbeit halt mal länger. Das ist dann auch eine Folge der Tarifauseinandersetzung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte folgen Sie unseren Aufrufen und beteiligen Sie sich an den Aktionen, wann immer es Ihnen irgendwie möglich ist! Wir können uns nicht mehr darauf ausruhen, dass die Straßenwärter, die erheblich schlechter bezahlt werden als wir, für uns die Kohlen aus dem Feuer holen.

Ich freue mich auf angeregte Diskussionen mit Ihnen an diesem Nachmittag und übergebe das Wort nun an unseren Schatzmeister.

Vielen Dank!



Was zeichnet die „Generation Z“ aus und was bedeutet dies im Umgang mit Lernenden und Lehrenden? Prof. Dr. Karl-Heinz Gerholz gibt dem interessierten Publikum aufschlussreiche Einblicke



Die Teilnehmerin und Teilnehmer der Podiumsdiskussion v. l. n. r.: Prof. Dr. Karl-Heinz Gerholz, Michael Lutz, Patrick Grewis, Jutta Macher, Dirk Mettler und Pankraz Männlein





Es galt, insgesamt über 23 Anträge abzustimmen ...



Das Tagungspräsidium in Aktion



Elisabeth Anacker stellt sich den VLW-Mitgliedern vor

ENTSCHLIESSUNGS- ANTRAG

Antragsteller: Landesvorstand

Lehrberuf attraktiver gestalten – Lehrkräfte stärken – Lehrkräfte gewinnen

Der VLW Rheinland-Pfalz hat auf seiner Landesversammlung am 24. April 2023 in Trier folgende EntschlieÙung verabschiedet:

Die Bildungspolitik und die Situation an den Schulen unseres Landes sind zurzeit in aller Munde, und schon ist von einer neuen „Bildungskatastrophe“ die Rede. Marode Schulgebäude, schwierige Schülerinnen und Schüler, fehlende oder unzureichend ausgebildete Lehrkräfte, unbefriedigender Stand der Digitalisierung sind nur einige der diskutierten Sachverhalte.

Die „Ständige wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz“ hat zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel unlängst ihre Empfehlungen abgegeben. Diese reichen von der „Erschließung von Beschäftigungsreserven“ (späterer Ruhestandseintritt, Wegfall von Altersermäßigungen, Reduzierung der Teilzeitbeschäftigung, aber auch: Entlastung von Organisations- und Verwaltungsaufgaben) über die Ausweitung des Potentials an qualifizierten Lehrkräften und Entlastungen durch Studierende und andere nicht qualifizierte Personen bis zur „Flexibilisierung des Einsatzes von Lehrkräften“ (Erhöhung der Selbstlernzeiten) bis zur Weiterentwicklung des Quer- und Seiteneinstiegs.

Die Empfehlungen der Kommission sind de facto Vorschläge zur De-Attraktivierung des Lehrberufs. Der Produktionsfaktor Arbeit im Bildungswesen soll – auf Kosten von Qualität und Attraktivität des Berufes – intensiver genutzt werden, Allenfalls als Alibimaßnahmen werden vorbeugende Maßnahmen zur Gesundheitsförderung vorgeschlagen (um die Folgen der Maßnahmen zu mildern?). Viel sinnvoller erscheinen Maßnahmen, die dazu geeignet sind, den Beruf der Lehrkraft attraktiver zu gestalten, die Lehrkräfte in ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit zu stärken und – angesichts der sich abzeichnenden massiven Mängelprobleme – qualifizierte Lehrkräfte zu gewinnen. Die Verbände und somit auch der VLW haben dazu seit Jahren immer wieder Vorschläge gemacht, denen in der Kultusbürokratie nicht gefolgt wurde. Im Einzelnen sind dies

A) VORSCHLÄGE ZUR STÄRKUNG DER LEHRKRÄFTE

Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte müssen verbessert werden. Dazu gehören eine Senkung der Arbeits-

zeit, die Bildung kleinerer Klassen, eine Erhöhung der Entlastungsstunden für unterrichtsfremde Aufgaben und oder den Aufbau von Unterstützungssystemen für Lehrkräfte sowie den Ausbau von IT- und Verwaltungsunterstützung. Weiterhin besteht der VLW auf einer Eingangsbesoldung nach A14 für entsprechend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber. Einen besser ausgebauten Gesundheitsschutz für alle sowie eine höhere Altersermäßigung für ältere Lehrkräfte würden dazu beitragen, die Belastungen durch eine heterogene und generell problematischere Schülerschaft zu mildern.

B) VORSCHLÄGE ZUR GEWINNUNG VON LEHRKRÄFTEN

In der Einstellungspolitik in den meisten Bundesländern, gerade auch in Rheinland-Pfalz, muss ein sofortiger Kurswechsel vollzogen werden. Die Zahl der Studienanfänger gibt hier zur größten Sorge Anlass. Das Angebot an Studienplätzen muss unverzüglich ausgebaut werden. Alle diese Maßnahmen werden nicht fruchten, solange nicht die Arbeitsbedingungen im Vorbereitungsdienst (Besoldung, Reisekosten, Entlastungen in der täglichen Arbeit und Stärkung der Mentorentätigkeit) verbessert werden. Analog zu den notwendigen Verbesserungen im Vorbereitungsdienst müssen attraktive Bedingungen für den Quer- und Seiteneinstieg geschaffen werden. Zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen fordern wir auch nach wie vor eine Lehrkräfteversorgung von 105% im Bereich der berufsbildenden Schulen.

Der VLW Rheinland-Pfalz fordert dazu auf, sich an den Schulen und in der Öffentlichkeit gegenüber den Ministerien klar gegen die Empfehlungen der Kommission zu positionieren. Wir appellieren an das Bildungsministerium, unsere schon langjährig geäußerten Vorschläge zu diskutieren und endlich auf sie einzugehen.

Eines muss klar sein – die Probleme im Bildungssystem werden nicht zum Nulltarif zu lösen sein. Das Land Rheinland-Pfalz muss seiner föderalen Verantwortung für die Bildung endlich gerecht werden!

**EntschlieÙungsantrag:
Einstimmig angenommen.**

ANTRAG 1

Antragsteller: Landesvorstand

Betreff: Anpassung der Mitgliederbeiträge

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Die monatlichen Beitragssätze in der Beitrags- und Finanzordnung werden an die gestiegenen Kosten angepasst (Die geänderten Beiträge sind fett gedruckt).

Ab 1. Juli 2023 werden folgende Monatsbeiträge erhoben:

1.1 Höherer Dienst

- bis zur Hälfte der Wochenstundenzahl 8 €
- mehr als die Hälfte bis zu drei Viertel der Wochenstundenzahl 10 €
- mehr als drei Viertel bis zur vollen Wochenstundenzahl 12,50 €
- Altersteilzeit 10 €

1.2 Gehobener Dienst

- bis zur Hälfte der Wochenstundenzahl 7 €
- mehr als die Hälfte bis zu drei Viertel der Wochenstundenzahl 9 €
- mehr als drei Viertel bis zur vollen Wochenstundenzahl 11 €
- Altersteilzeit 9 €

1.3 Ehegatten (2. Beitrag) 8 €

1.4.1 Pensionärinnen und Pensionäre mit Doppelmitgliedschaft BRH 9 €

1.4.2 Pensionärinnen und Pensionäre ohne Doppelmitgliedschaft BRH 8 €

1.5 Referendarinnen und Referendare, Studierende und Mitglieder ohne Anstellung 2 €

1.6 Mitglieder in Elternzeit (ohne Bezüge und über mindestens 6 Monate Dauer) 2 €.

Bei Mitgliedern in Elternzeit, die in Teilzeit arbeiten, werden die normalen Beiträge gemäß dem Stundenumfang erhoben.

Begründung:

Die letzte Beitragsanpassung fand zum 1. Januar 2011, mithin vor 12 Jahren, statt. Seitdem konnten die Beiträge (auch durch erhebliche Sparmaßnahmen) konstant gehalten werden.

Die Kostenentwicklung der letzten Jahre

- gestiegene Portokosten
- Preiserhöhungen bei Papier und Versandverpackungen
- deutliche Steigerungen bei den Tagungskosten
- Erhöhung der abzuführenden Beiträge an unsere Dachorganisationen (BvLB und DBB)
- ein erweitertes und qualitativ verbessertes Informationsangebot für die Mitglieder (VLW-Kompakt, Newsletter, Homepage)

sowie weitere zu erwartende Kostensteigerungen lassen dies nicht mehr zu. In den letzten sechs Jahren war in der Folge ein ausgeglichener Haushalt zum Teil nur durch Auflösung von Rücklagen möglich.

Von den Kollegen Bernhard Bohrer (BBS Bingen) und Matthias Stahlhofen (BBS Ludwigshafen W1) werden Bedenken wegen des Zeitpunkts und des Ausmaßes der Erhö-

hung vorgetragen, es würde sich um eine Erhöhung um bis zu 25 % handeln. Der Schatzmeister begründet in der Diskussion nochmals die Notwendigkeit einer Erhöhung, Kurt Flöck weist auf die kommende Pensionierungswelle und damit verbundene Einnahmeausfälle hin.

Ein Antrag auf Schluss der Debatte findet die mehrheitliche Zustimmung der Delegierten.

Antrag Nr. 1: Zustimmung mit deutlicher Mehrheit, bei 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

ANTRAG 2

Antragsteller: Bezirksverband Koblenz

Betreff: Imagekampagne Berufsbildende Schule

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, die Berufsbildende Schule und ihre Bildungsangebote mittels einer Imagekampagne stärker in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken.

Begründung:

Regelmäßig wird das Schulsystem in der Öffentlichkeit als zu undurchlässig kritisiert. Dabei bietet es zahlreiche Möglichkeiten, sich weiter zu qualifizieren und höhere Schulabschlüsse zu erlangen, sofern die Schulformen im BBS-System in die Betrachtung einbezogen werden. Außerdem wird das BBS-System für viele Schülerinnen und Schüler als besonders attraktiv wahrgenommen, da es nicht nur einen allgemeinen Erziehungs- und Bildungsauftrag erfüllt, sondern auch berufsorientierte Fachkenntnisse vermittelt.

Diese Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten müssen allerdings auch von potenziellen Schülerinnen und Schülern und von Erziehungsberechtigten wahrgenommen werden können. Dafür bedarf es gebündelter und gezielter Maßnahmen in der Kommunikation – eine Imagekampagne Berufsbildende Schule.

Antrag Nr. 2: Einstimmig angenommen.

ANTRAG 3

Antragsteller: Ortsverband Trier

Betreff: Kostendämpfungspauschale

Antrag:

Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die versteckten Gehaltskürzungen wie z.B. die Kostendämpfungspauschale zurückgenommen werden.

Begründung:

Dieser Antrag spricht für sich selbst.

Antrag Nr. 3: Einstimmig angenommen.

ANTRAG 4

Antragsteller: Ortsverband Alzey

Betreff: Volle Kostenübernahme bei Fortbildungsveranstaltungen der JGU Mainz

Antrag:

Die Landesversammlung möge beschließen, dass der Landesvorstand darauf hinwirkt, dass die Teilnahmegebühren

für Fortbildungsveranstaltungen an der JGU Mainz vollständig vom Dienstherrn übernommen werden.

Begründung:

Das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz bietet regelmäßig interessante und für Lehrkräfte relevante Fortbildungen an. Lehrkräfte aus Rheinland-Pfalz müssen bislang 50% der Gebühren als Eigenbeteiligung tragen. Da es sich um Fortbildungen handelt, die dem dienstlichen Interesse dienen, sollte die Eigenbeteiligung entfallen.

Antrag Nr. 4: *Einstimmig angenommen.*

ANTRAG 5

Antragsteller: *Ortsverband Worms*

Betreff: *Zuschuss zum 49-Euro-Ticket*

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass die Kolleginnen und Kollegen vorzugsweise die Möglichkeit zu einem Deutschland-Jobticket oder auf Antrag einen Zuschuss zum 49-Euro-Ticket erhalten können.

Begründung:

Zum 1. Mai 2023 wird in Deutschland das 49-Euro-Ticket für den Nahverkehr eingeführt. Diese Maßnahme ist Teil der angestrebten Verkehrswende zum Ziel der Abmilderung des Klimawandels. Zurzeit nutzen viele Kolleginnen und Kollegen ihren privaten PKW, um von ihrem Wohnort zur Schule zu kommen. Als im vergangenen Jahr temporär das 9-Euro Ticket eingeführt wurde, wechselten etliche dieser Kolleginnen und Kollegen in dieser Zeit auf die umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrsmittel.

Es muss im Interesse einer rot-grün-gelben Landesregierung sein, dass sich dieser Trend ab Mai wieder fortsetzt. Allerdings wird das Nahverkehrsticket mit 49 Euro künftig erheblich teurer angeboten als im vergangenen Jahr und hat damit an Attraktivität verloren. Um die Kolleginnen und Kollegen dennoch zu einem dauerhaften Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen, ist daher ein zusätzlicher finanzieller Anreiz notwendig.

Da nicht wenige Kolleginnen und Kollegen an Orten wohnen, die mit einer geeigneten öffentlichen Verkehrsverbindung erschlossen sind, wäre die Bezuschussung derjenigen, die das Ticket nutzen möchten, ein sinnvoller Weg und ein starkes Signal für die Verkehrswende.

Antrag Nr. 5: *In der abgeänderten Fassung mit Mehrheit bei 21 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 6

Antragsteller: *Ortsverband Bingen*

Betreff: *Prüfung der Zulässigkeit der Versendung von Korrespondenz über die Dienstpost*

Antrag:

Der Landesvorstand wird gebeten zu prüfen, welche Korrespondenz der Kolleginnen und Kollegen als dienstlich gilt und über die Dienstpost versandt werden darf.

Begründung:

In einem aktuellen Schreiben weist die Kreisverwaltung

Mainz-Bingen darauf hin, dass Beihilfeanträge nicht über die Dienstpost versendet werden dürfen.

Da es in der Vergangenheit schon mehrfach ähnliche Fälle gab, wäre eine grundsätzliche Prüfung sinnvoll, welche Korrespondenz der Kolleginnen und Kollegen als Dienstpost gilt und entsprechend versandt werden darf.

Antrag Nr. 6: *Bei einigen Enthaltungen mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.*

ANTRAG 7

Antragsteller: *Ortsverband Mainz 3*

Betreff: *Versorgung der Schulen mit Lehrkräften*

Antrag:

Der Landesvorstand wird gebeten, auf eine Ausstattung der Schulen mit zusätzlichem Lehrpersonal hinzuwirken.

Begründung:

Sowohl der strukturelle als auch der temporäre Ausfall von Lehrkräften führt zu einer Unterversorgung der Lerngruppen. Diese fällt in eine Zeit, in der sich die vielfältigen Folgen der Pandemie in den weiterführenden Schulen, auch in den BBSen, voll entfalten.

In Feedback-Gesprächen werden die Schulen von der ADD aufgefordert, Unterrichtsausfälle zu reduzieren. Die zur Verfügung stehenden Mittel, z. B. PES-Verträge, sind aber nicht flexibel genug, um diese Ausfälle zu kompensieren, insbesondere nicht beim temporären Ausfall.

Förderunterricht, der in dieser Situation dringend geboten ist, kann aufgrund der Personalknappheit nicht erteilt werden, was die Situation in den Jahren, in denen die Pandemiefolgen aufgeholt werden müssten, weiter verschärft.

Anstelle von punktuellen Projekten (z. B. „Aufholen nach Corona“) führt alleine eine bessere Ausstattung der Schulen mit Personal, konkret eine Überpersonalisierung, zur adäquaten Unterrichtsversorgung und zu der Möglichkeit, die dringend benötigte Förderung anzubieten. Die Schulen benötigen keine vermeintlich „korrekte“ Ausstattung mit Lehrkräften, sondern ausreichende Spielräume, damit sie das Unterrichtsangebot und die individuelle Förderung aufrechterhalten können.

Antrag Nr. 7: *Einstimmig angenommen*

ANTRAG 8

Antragsteller: *Ortsverband Bingen*

Betreff: *Sicherstellung der Lehrkräfteversorgung durch Übernahme der Referendarinnen und Referendare*

Antrag:

Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich weiterhin für eine Übernahme der in Rheinland-Pfalz ausgebildeten Referendarinnen und Referendare einzusetzen, um mittel- bis langfristig den Lehrkräftebedarf an berufsbildenden Schulen sicherzustellen.

Begründung:

Noch immer werden in Rheinland-Pfalz einige Referendarinnen und Referendare nicht in den Schuldienst übernommen, auch wenn sie sehr gute Examen abgelegt haben.

Der Verweis der ADD auf den aktuellen Bedarf ist kurzfristig und die Vertröstung der betroffenen jungen Kolle-

ginnen und Kollegen mit befristeten Verträgen und reduzierten Deputaten ist unattraktiv und treibt diese in andere Bundesländer.

Der Hinweis der ADD, sich noch einmal zu melden, falls ein Angebot eines anderen Bundeslandes vorliegt, ist zynisch und unseriös.

Die kurzsichtige und unattraktive Personalpolitik der ADD ist vor dem Hintergrund der bevorstehenden Pensionierungswelle unverantwortlich und führt dazu, dass immer weniger Studentinnen und Studenten ein Referendariat und Lehramt in Rheinland-Pfalz anstreben. Dadurch werden die sich schon jetzt abzeichnenden Personalprobleme an den Schulen weiter verschärft.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht und aus Sicht der Steuerzahler ist diese Personalpolitik der ADD außerdem eine große Geld- und Ressourcenverschwendung.

Antrag Nr. 8: *Mit der Ergänzung („weiterhin“) einstimmig angenommen.*

ANTRAG 9

Antragsteller: Ortsverband Mainz 3

Betreff: *Lehrkräftenachwuchs – Einstellung von Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern*

Antrag:

Der Landesvorstand wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass das Land die Einstellung von Lehramtsanwärtern und -anwärterinnen mit größerem Nachdruck verfolgt als bisher.

Begründung:

Die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter zumindest im Studienseminar Mainz scheint auf einem Allzeit-Tief angekommen zu sein. Somit erscheint die Sicherung des Lehrkräftenachwuchs gefährdet.

Selbst ehemalige Studierende sowie PES-Kräfte, die sich während ihrer Praktika oder Einsätze an rheinland-pfälzischen Schulen eine Beziehung zu einzelnen Schulen aufgebaut haben, treten angebotene Stellen nicht immer an. Hier ist ein Überdenken der bisherigen Praxis erforderlich.

Mögliche Ansatzpunkte können sein:

- Fortführung der Adressatenorientierung der Website „Lehrerin oder Lehrer werden“ im kompletten Bewerbungs- und Stellenzuteilungsprozess
- Informationsveranstaltungen der ADD für die Studierenden in einschlägigen Studiengängen (z.B. Wirtschaftspädagogik, Lehramt Gesundheit) an den Universitäten des Landes
- schnellere und verbindlichere Kontaktaufnahme von Seiten der ADD, nachdem Bewerbungen eingegangen sind, um damit eine Bindung an das Land RLP zu erzielen
- ggf. eine Vereinfachung des Bewerbungsprozesses und ein klarer Zeitplan der Prozess-Schritte zwischen Bewerbung und Einstellung

Antrag Nr. 9: *Einstimmig angenommen.*

ANTRAG 10

Antragsteller: Ortsverband Trier (Studienseminar)

Betreff: *Quereinstieg*

Antrag:

Der Landesvorstand wird gebeten zu prüfen, ob ein Quereinstieg im Fach Wirtschaft mit Anerkennung von zwei Fächern (BWL u. VWL) angesichts des Mangels an Kandidaten möglich gemacht werden kann.

Begründung:

An den Studienseminaren für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen ist die Zahl der Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen für den Wirtschaftsbereich regional rückläufig. Die Zahl der Wirtschaftspädagogen und -pädagoginnen mit Doppelwahlfächern kann den Bedarf an den Schulen nicht allein decken. Daher gab es schon immer Quereinsteiger – ehemalige Kaufleute, die über den Quereinstieg an die Studienseminare kamen. Diese konnten häufig mit dem Zweitfach VWL oder EDV ihr Referendariat beginnen. Aufgrund der Einführung des Faches Wirtschaft fällt ein Quereinstieg für die Fächer BWL und VWL leider weg. Wir fordern daher, die Einstellungsbedingungen zu ändern, damit auch Bewerberinnen und Bewerber mit der Kombination BWL und VWL ihren Vorbereitungsdienst beginnen können.

Antrag Nr. 10: *Die Delegierten beschließen einstimmig die Überweisung des Antrags an den Landesvorstand.*

ANTRAG 11

Antragsteller: Ortsverband Trier (Studienseminar)

Betreff: *Masterabschlüsse*

Antrag:

Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die Masterabschlüsse „Master of Education“ und „Master of Science“ im Studiengang Wirtschaftspädagogik gleichwertig anerkannt werden.

Begründung:

Ein Abschluss im Studiengang Wirtschaftspädagogik mit dem „Master of Science“, der in angrenzenden Bundesländern erworben wird, erlaubt häufig nur eine Zulassung in den Quereinstieg und nicht in den VD18. Ist der Quereinstieg nicht offen, können Absolventen mit dem „Master of Science“ häufig nicht in den Vorbereitungsdienst zugelassen werden.

Antrag Nr. 11: *Bei 3 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 12

Antragsteller: Ortsverband Worms

Betreff: *Lehrbefähigung in Mangelfächern*

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Die Vertreter des VLW im Hauptpersonalrat werden gebeten sich beim Ministerium für Bildung dafür einzusetzen, dass Kolleginnen und Kollegen mit einem Fachstudium + Referendariat oder einer in einem anderen Bundesland erworbenen Lehrbefähigung (auch) in Rheinland-Pfalz die Lehrbefähigung für ein identisches oder verwandtes Mangelfach erhalten.

Begründung:

Die Schulformen der berufsbildenden Schule können nur dann attraktiv gehalten werden, wenn die laut Stunden-tafel vorgesehenen Fächer auch unterrichtet werden können.

Im Bereich des Beruflichen Gymnasiums Gesundheit und Soziales besteht ein akuter Mangel an Kolleginnen und Kollegen mit der Lehrbefähigung in den Fächern Pädagogik und Psychologie, so dass etwa Schülerinnen und Schüler möglicherweise in diesen Fächern nicht wie gewünscht einen Leistungskurs besuchen können.

Dem Mangel könnte in Teilen abgeholfen werden, wenn das Landesprüfungsamt Kolleginnen und Kollegen mit der Lehrbefähigung in Sozialpädagogik die Lehrbefähigung in Pädagogik zuerkennt oder einen Weg aufzeigt, wie diese durch den Besuch von Lehrveranstaltungen an der Universität erworben werden kann. Dies ist bislang nicht der Fall.

Ebenso erkennt das Land Rheinland-Pfalz zum Teil die Lehrbefähigung in Psychologie nicht an, wenn diese in Nordrhein-Westfalen erworben wurde.

Antrag Nr. 12: *Mit der Änderung einstimmig angenommen.*

ANTRAG 13

Antragsteller: *Ortsverband Trier*

Betreff: *Systembetreuung durch Fachpersonal vom Land*

Antrag:

Der Landesverband möge sich dafür einsetzen, dass für die Systembetreuung ein „Digitaler Hausmeister“, also Fachpersonal vom Land eingestellt wird.

Begründung:

Die zunehmende Digitalisierung der Schulen (auch unterstützt durch den Digitalpakt), sowie die Forderung nach mehr digitalen Unterricht und BYOD-Szenarien erfordert einen durch ihre Komplexität und ihre Wartungsansprüche deutlich erhöhten Betreuungsaufwand an den Schulen. Bisher werden häufig EDV-Lehrer mit dieser Aufgabe betraut (sofern an den Schulen überhaupt ein EDV-Lehrer unterrichtet). Hierfür werden Stundenentlastungen gewährt, die aber derzeit schon lange nicht mehr ausreichen. Gibt es keinen EDV-Lehrer, wird ein EDV-Lehrer von einer anderen Schule genommen, der mitunter für 3 Schulen zuständig ist. Uns ist auch bewusst, dass die Einführung von Systembetreuern bereits beschlossen ist. Diese sollen aber vom Schulträger bestellt und bezahlt werden. Die knapper werdenden kommunalen Ressourcen halten aber viele Schulträger von der Einstellung eines Systembetreuers für eine einzelne Schule ab. So gibt es dann einen kommunalen Systembetreuer, der dann für alle Schulen (und das Rathaus) zuständig ist. Darum fordern wir die Finanzierung solcher Stellen auf Landesebene mit direkter Zuordnung an eine Schule.

Antrag Nr. 13: *Bei 3 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 14

Antragsteller: *Ortsverband Worms*

Betreff: *Wiedereinführung der EDV-Betreuungspauschale*

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass an Schulen, bei denen eine adäquate EDV-Betreuung durch den Schulträger nicht gewährleistet werden kann, optional wieder die EDV-Betreuungspau-

schale in Anspruch genommen werden kann.

Begründung:

Im Rahmen des Digitalpakts wurden die Schulen mit einer digitalen Infrastruktur und entsprechenden Medien ausgestattet. Offenkundig wurde aber die Betreuungsintensität der nun vorhandenen Medien unterschätzt. So fallen auch bei den neuen Geräten häufiger Wartungs- und Servicetätigkeiten an, die eine zügige Betreuung vor Ort erfordern.

Bei den Schulträgern sind jedoch viele Stellen im Bereich der IT aufgrund des Fachkräftemangels unbesetzt. In der Folge ziehen sich Wartungs- und Servicetätigkeiten zum Teil über mehrere Tage oder gar Wochen hin. In dieser Zeit kann in den entsprechenden Räumen der Unterricht nicht in der dem digitalen Standard entsprechenden Qualität durchgeführt werden.

Um im schulischen Tagesgeschäft unkompliziert Abhilfe zu schaffen, erklären sich Kolleginnen und Kollegen bereit, den First-Level-Support oder darüber hinaus gehende Tätigkeiten durchzuführen. Da es für diese mitunter zeitintensiven Tätigkeiten keine Ermäßigung gibt, geht dies zu Lasten des von den entsprechenden Kolleginnen und Kollegen zu erteilenden Unterrichts oder zu Lasten der 3/6 Pauschale, welche für Tätigkeiten im Bereich der Schulentwicklung gedacht ist. Folglich stehen so noch weniger Ressourcen für eine Qualitätssteigerung des Unterrichts zur Verfügung.

Antrag Nr. 14: *Bei 2 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 15

Antragsteller: *Ortsverband Alzey*

Betreff: *Stärkung multiprofessioneller Teams an berufsbildenden Schulen*

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen, dass der Landesvorstand darauf hinwirkt, die multiprofessionellen Teams an berufsbildenden Schulen zu stärken. Dies umfasst die IT-Betreuung, die Schulsozialarbeit, die Schulpsychologie und die Verwaltung.

Begründung:

Die außerunterrichtlichen Belastungen an BBS haben erheblich zugenommen. Als Gründe seien nicht abschließend die Digitalisierung, Inklusion, zunehmende Verwaltungsaufgaben und bei der Schülerschaft die zunehmende Heterogenität, Lerndefizite sowie psychische und soziale Probleme genannt. Eine Stärkung der im Antrag genannten multiprofessionellen Teams ist erforderlich, um den Lehrkräften wieder die benötigte Zeit für ihre eigentliche Aufgabe, d.h. das Unterrichten und die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu geben.

Antrag Nr. 15: *Bei 11 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 16

Antragsteller: *Ortsverband Mainz 3*

Betreff: *Schaffung zusätzlicher psychosozialer Angebote*

Antrag:

Der Landesvorstand wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass das Land den Schulen zusätzliche psychosoziale Angebote (Ausweitung der Schulsozialarbeit, vor Ort tätige Schulpsychologen) zur Verfügung stellt.

Begründung:

Die BBSen werden aktuell von vielen Schülerinnen und Schülern besucht, die Teile ihres siebten und achten Schuljahres bzw. ihres achten und neunten Schuljahres im Lockdown verbracht haben, woran sich ein Schuljahr mit weiteren Herausforderungen (Quarantänephase, Unterrichtsausfall durch Krankheitswellen, Zeitverluste durch Selbsttest- und Pandemiemanagement) anschloss.

Diese Schuljahre und die allgemeine Situation in der Pandemie haben zu einer Vielzahl von Belastungen der Schülerinnen und Schüler geführt, die diese Schülerinnen und Schüler nach wie vor begleiten. Die Schulsozialarbeit vor Ort und die Beratungszentren des Schulpsychologischen Dienstes leisten hervorragende Arbeit. Es werden aber mehr dieser Angebote benötigt, im Falle der Schulpsychologie vor allem niederschwellig nutzbare Angebote vor Ort, die die Betroffenen ohne vorherige Terminvergabe direkt in der Schule aufsuchen können.

Antrag Nr. 16: *Bei 2 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 17

Antragsteller: *Bezirksverband Koblenz*

Betreff: *Schulsozialarbeit an Berufsbildenden Schulen*

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass alle Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an BBSen in Rheinland-Pfalz Schülerinnen und Schüler aller Schulformen der jeweiligen Schule betreuen dürfen.

Begründung:

Aktuell sind viele Schulsozialarbeiter-Stunden an Schulformen gebunden, z.B. BVJ und BF. Der Betreuungs- und Beratungsbedarf nimmt jedoch auch in anderen Schulformen stetig zu. Hier sollte Schulsozialarbeit eine adäquate Betreuung und Beratung aller Schülerinnen und Schüler gewährleisten können.

Daher ist es dringend notwendig, die Bindung der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an Schulformen aufzuheben.

Schulsozialarbeit muss für alle Schülerinnen und Schüler verfügbar und zugänglich sein!

Antrag Nr. 17: *Einstimmig angenommen.*

Die Anträge 18 und 19 werden gemeinsam behandelt.

ANTRAG 18

Antragsteller: *Ortsverband Kaiserslautern*

Betreff: *Fehlzeitenregelung*

Antrag:

Der Landesvorstand soll sich gegenüber der Landesregierung dafür einsetzen, dass für die Schülerinnen und Schüler in Wahlschulen zum Erreichen des Schulzieles verpflichtend eine Anwesenheitspflicht von mindestens 85% der gesamten Unterrichtszeit je Fach/Kurs eingeführt wird.

Begründung:

Seit Jahren steigen die Fehlzeiten in diversen Wahlschulformen an. Ordnungsmaßnahmen greifen meistens zu kurz, weil die Schülerinnen und Schüler entweder schon volljährig sind oder werden und sich somit selbst entschuldigen können.

Die hohen Fehlzeiten führen zu entsprechenden Lücken im Lernfortschritt, die sich oft gleichmäßig über ganze Lerngruppen verteilen und den Lernerfolg entsprechend gefährden.

Die Verwaltung der Fehlzeiten erzeugt zudem einen enormen administrativen Aufwand der Klassen- und Kursleitungen, meist ohne nennenswerte Konsequenz.

Selbst in der Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) vom Januar 2023 wird vorgeschlagen, Lehrkräfte von Aufgaben außerhalb des Unterrichts zu entlasten.

Eine einfache Unterschriftenliste zu Beginn jeder Unterrichtsstunde und das Abschaffen der Entschuldigungspflicht bei gleichzeitig verbindlicher Anwesenheitsquote (15% erlaubte Abwesenheit bedeutet bei einem Schuljahr mit 40 Wochen immerhin ganze sechs Wochen erlaubte Absenz) würde den Lernerfolg steigern, den administrativen Aufwand minimieren und somit Arbeitszeit und Energie bei den Lehrenden freisetzen, die diese in noch besseren Unterricht investieren könnten!

Die Verpflichtung zur Vorlage ärztlicher Bescheinigungen für Fehlzeiten erzeugt auch jetzt kaum eine Begrenzung der Fehlzeiten, da es aus medizinischer Sicht bei entsprechenden Symptomen schwierig ist, einem Patienten diese Bescheinigung zu verweigern.

Untersuchungen durch die Amtsärzte des Gesundheitsamtes stellen ebenfalls aus unterschiedlichen Gründen keine gangbare Alternative dar.

Andererseits müssen regelmäßige Interessenten für z.B. den Bildungsgang im beruflichen Gymnasium abgelehnt werden.

ANTRAG 19

Antragsteller: *Ortsverband Südliche Weinstraße*

Betreff: *Anwesenheitsquote*

Antrag:

Wir fordern die Erweiterung der „Landesverordnung über die höhere Berufsfachschule vom 31. Juli 2019“ durch einen Passus zur Einführung einer Anwesenheitsquote von 75 % der Unterrichtsstunden zur Anerkennung des Assistenten-Abschlusses.

Begründung:

Die Forschung hat belegt, dass schon ein Versäumen von zehn Prozent des Schuljahres, einen negativen Einfluss auf die schulischen Leistungen der SuS hat. Gerade im Bildungsgang der HBF haben die Fehlzeiten insbesondere der teilweise erwachsenen SuS in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen und führen zu signifikanten Wissenslücken. (Quelle: <https://schule-zaehlt.de/onlinebmedia/3%20Fakten%20C3%BCber%20Unterrichtsanwesenheit.pdf>)

Ferner werden nach §9 der Landesverordnung zur Abschlussprüfung nur SuS zugelassen, die bis zum Stichtag mindestens zu zwei Dritteln ihr Praktikum absolviert haben. Eine solche Quote gibt es für den schulischen Teil nicht und sollte mit dieser Anwesenheitsquote der Praktikumsquote gleichgestellt werden.

Folgen:

Eine Nichterfüllung dieser Quote im zweiten Schuljahr führt analog zu fehlenden Praktikumstagen zur Nichtzulassung zur Abschlussprüfung.

In Ausnahmefällen soll der Klassenkonferenz zusammen mit der Schulleitung die Möglichkeit eingeräumt werden, eine geringere Anwesenheitsquote zu genehmigen.

Formulierungsvorschlag für den zu ergänzenden Passus des §9 der Landesverordnung zur Abschlussprüfung:

Zu der Prüfung wird zugelassen, wer den Bildungsgang im zweiten Halbjahr des zweiten Schuljahres besucht mit einer Anwesenheitsquote von drei Vierteln über den gesamten Bildungsgang und nachweist, dass das Praktikum nach § 7 Abs. 6 und 7 mindestens zu zwei Dritteln absolviert und die bis dahin erfolgte Teilnahme am Praktikum in der Bescheinigung der Praktikumsstelle als erfolgreich bewertet wurde.

Antrag Nr. 18 wird bei 4 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen mit Mehrheit angenommen; da der Antrag 18 als der weitergehende angesehen wird, entfällt die Beschlussfassung über den Antrag Nr. 19.

ANTRAG 20

Antragsteller: Bezirksverband Koblenz

Betreff: Fachhochschulreife in der Höheren Berufsfachschule – allgemeinbildende Fächer

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass zusätzlicher Unterricht in den allgemeinbildenden Fächern des Fachhochschulreifeunterrichts der HBF erteilt werden kann.

Begründung:

In der reformierten HBF wurde der Unterricht in Deutsch um 40 Unterrichtsstunden, in Mathematik und 1. Fremdsprache um je 80 Unterrichtsstunden reduziert. Die Lehrpläne und die Prüfungsanforderungen wurden in Englisch nicht angepasst.

Durch die Einsparung von Unterrichtsstunden in den allgemeinbildenden Fächern des Fachhochschulreifeunterrichts haben die HBF-Schülerinnen und -Schüler einen deutlichen Nachteil gegenüber Schülerinnen und Schülern der Fachoberschule (FOS), die 280 Unterrichtsstunden mehr in diesen prüfungsrelevanten Fächern der FH-Reife erhalten und an die gleiche Prüfungsanforderungen gestellt werden. Die Schülerinnen und Schüler der HBF müssen damit höhere Hürden für den schulischen Teil der Fachhochschulreife überwinden.

Die Schülerinnen und Schüler, die Erziehungsberechtigten und die Lehrkräfte der HBF-Oberstufen-Klassen sind zunehmend frustriert, da die Prüfungsanforderungen für die Fachhochschulreife-Prüfungen kaum erreichbar sind.

Antrag Nr. 20: Bei 4 Enthaltungen angenommen.

ANTRAG 21

Antragsteller: Bezirksverband Koblenz

Betreff: Fachhochschulreife in der Höheren Berufsfachschule – Fachhochschulreifeunterricht

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass die Fortführung des Fachhochschulreifeunterrichts nach der Grundstufe an Leistungskriterien gebunden ist.

Begründung:

Bei einer Vielzahl von Schülerinnen und Schülern der HBF ist bereits nach dem ersten Jahr abzusehen, dass sie den Fachhochschulreifeabschluss nicht erreichen werden. Aktuell ist lediglich eine freiwillige Abmeldung vom Fachhochschulreifeunterricht durch die Schülerinnen und Schüler möglich, dies wird aber in den wenigsten Fällen genutzt.

Durch die Einführung von Kriterien für die Weiterführung des Fachhochschulreifeunterrichts nach der Grundstufe ergibt sich für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler die Chance, dass sie sich Dank der so reduzierte Wochenstundenzahl, des niedrigeren Anforderungsniveaus (z.B. in Englisch B1 anstatt B2) und der geringeren Prüfungsbelastung auf den Abschluss zum staatlich geprüften Assistenten / zur staatlich geprüften Assistentin fokussieren können.

Antrag Nr. 21: Bei 3 Ablehnungen und 8 Enthaltungen angenommen.

ANTRAG 22

Antragsteller: Ortsverband Trier

Betreff: Erhalt der Unterrichtsfächer BWL und VWL

Antrag:

Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die Unterrichtsfächer BWL und VWL an Berufsbildenden Schulen – besonders im Wirtschaftsgymnasium – erhalten bleiben.

Begründung:

Dieser Antrag spricht für sich selbst!

Antrag 22: Bei 12 Enthaltungen angenommen.

WIR BRAUCHEN EINEN DIGITALEN HAUSMEISTER

Gerade der VLW hat in der Vergangenheit nicht an Kritik an der Bildungspolitik der SPD-geführten Landesregierung gespart. Umso wichtiger und interessanter ist der regelmäßige Meinungsaustausch mit der sie tragenden SPD-Landtagsfraktion. Zu diesem Zweck trafen sich Dirk Mettler und Karl-Heinz Fuß mit Bildungspolitikern und -politikern der Fraktion.

Unterstützung erfuhren die beiden VLW-Vertreter bereits bei ihrem ersten Anliegen, nämlich die Optionen für Teilzeitarbeit im Schuldienst unangetastet zu lassen. Hierzu gehören auch die Möglichkeiten zum Sabbatjahr und der verschiedenen Formen der Altersteilzeit. Alle Varianten der Teilzeit finden ihre Bestätigung darin, dass sie von einem Großteil der Kolleginnen und Kollegen genutzt werden. Laut Bildungsministerium sind 72 Prozent der Lehrkräfte im Land weiblich. Diese kümmern sich in ihren Familien oftmals um Kinder und auch andere Angehörige, so dass sie durch eine auferlegte Reduzierung der Teilzeit vor erhebliche Probleme gestellt würden. Dirk Mettler betonte deshalb folgerichtig, dass die Teilzeit von den Betroffenen nicht ohne Grund gewählt wird und ein erhebliches Pfund für die Attraktivität unseres Berufes darstellt. Sven Teuber, MdL, beteuerte, dass die SPD-Fraktion keine Vorschriften zur Teilzeit machen wolle. Vielmehr wolle man versuchen, die Lehrkräfte zu motivieren, sich von der Teilzeit zu verabschieden, führte Susanne Müller, MdL, weiter aus. Karl-Heinz Fuß erklärte,

dass die deutlich gestiegenen Belastungen, mit denen die Kolleginnen und Kollegen an unseren Schulen konfrontiert werden, einer Reduzierung von Teilzeit entgegenstehen. Sven Teuber verwies hierzu auf Entlastung, die durch Technologie ermöglicht werden soll. Dirk Mettler hielt dem jedoch entgegen, dass wir uns diesbezüglich noch in einer Investitionsphase befinden – im Klartext, dass wir für die Transformation derzeit viel Arbeit aufwenden, bevor wir in späteren Jahren dann hoffentlich in den Genuss der Erleichterungen kommen. Als Beispiel führte er den SchulCampus an, für dessen Betreuung es keine zusätzlichen Anrechnungsstunden geben soll. Somit müssen die Stunden aus der 3/6-Pauschale entnommen werden, obwohl diese für andere wichtige pädagogische Aufgaben gebraucht werden.

Susanne Müller stimmte zu, dass wir uns in einer großen Transformationsphase befinden. Neben der Digitalisierung seien da auch die Herausforderungen durch Migration und Inklusion. Ziel der SPD sei es, die Didaktik mit Blick auf die Zukunft weiterzuentwickeln. Dabei wolle man sich vom „Zentralunterricht“ verabschieden, um der heterogenen Schülerschaft mit ihren individuellen Lernbedürfnissen gerecht zu werden. Dirk Mettler und Karl-Heinz Fuß widersprachen diesem Kurs nicht, betonten aber, dass wir auch für die Schule der Zukunft qualifiziertes Personal benötigen. In Bezug auf die digitale Transformation sind es IT-Expertinnen und -Experten, die



Susanne Müller, MdL



Sven Teuber, MdL



Astrid Schmitt, MdL

wir benötigen, um die, oftmals täglich, anfallenden Probleme mit Soft- und Hardware zu bewältigen. Ein Ticket-System kann das an einer BBS nicht leisten. Stattdessen brauchen wir den digitalen Hausmeister, der permanent vor Ort, d.h. an der Schule, erreichbar ist. Was qualifizierte Lehrkräfte betrifft, so werden diese auch in einer Schule der Zukunft erforderlich sein. Die Unterstützung durch Studenten und PES-Kräfte kann da nur eine Notlösung

sein, die nicht dazu genutzt werden darf, um die Unterrichtsversorgung statistisch besser darzustellen, als sie tatsächlich ist. Sven Teuber stimmte zu und versicherte, dass an Lehrkräften nicht gespart werden soll.

Der VLW bedankte sich bei Astrid Schmitt, MdL, und den weiteren SPD-Vertreterinnen und -Vertretern für das interessante Gespräch.

IM GESPRÄCH MIT BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

RHEINLAND-PFALZ IST BEIM DIENSTFAHRRAD AUF EINEM GUTEN WEG

Dirk Mettler und Karl-Heinz Fuß trafen MdL Daniel Köbler

Nachdem bereits im vergangenen Jahr die gesetzlichen Grundlagen für das Dienstfahrrad der Bediensteten des Landes Rheinland-Pfalz beschlossen wurden, wird derzeit die europaweite Ausschreibung durchgeführt, um einen Dienstleister durch Abschluss eines Leasing-Rahmenvertrags zu beauftragen. Ziel ist es, dass die berechtigten Bediensteten im Laufe 2024 mit höchstmöglichem Digitalisierungsgrad ein Dienstrad leasen können. Die Kritik des VLW, dass sich die Einführung des Job-Rades so lange hinzieht, erwiderte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Hinweis, dass es in Baden-Württemberg sogar insgesamt 2,5 Jahre gedauert hat, bis die Bediensteten das Leasing-Angebot nutzen konnten. Somit befände sich Rheinland-Pfalz auf einem guten Weg.

Bei den Themen Job-Ticket und Zuschuss zum 49-Euro-Ticket trafen die VLW-Vertreter bei Köbler erwartungsgemäß auf offene Ohren. Wenngleich der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) im Flächenland Rheinland-Pfalz (noch) nicht für alle Beschäftigten nutzbar ist, so besteht doch bei einer Vielzahl von VLW-Mitgliedern ein Interesse an einem vonseiten des Dienstherrn bezahlten oder zumindest bezuschussten Ticket. Dass das Angebot des ÖPNV noch deutlich verbessert werden sollte, darin waren sich alle Beteiligten einig.

Zum Thema Bildung und der Situation an unseren Schulen bestätigte Köbler die Bedeutung des Handlungsfeldes. Das Land

Rheinland-Pfalz habe bereits vieles auf den Weg gebracht, beginnend bei der frühkindlichen Bildung, über die Grundschule bis hin zu den weiterführenden Schulen. VLW-Vorsitzender Dirk Mettler verdeutlichte die Bedeutung der berufsbildenden Schulen, die nicht nur aus der Berufsschule als dualem Ausbildungspartner bestehen, sondern auch eine Vielzahl an Wahlschulbildungsgängen bieten. Diese sind ein Garant für die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems, da es faktisch für jeden Abschluss an einer allgemeinbildenden Schule einen Anschluss an einer berufsbildenden Schule gibt, beginnend beim Berufsvorbereitungsjahr, das mit der Berufsreife abschließt, bis hin zum beruflichen Gymnasium, das mit berufsbezogenen Fächern zur Allgemeinen Hochschulreife führt. Ergänzt wird das Angebot durch Weiterbildungsmöglichkeiten in Form von Fachschulen mit vielen verschiedenen beruflichen Fachrichtungen. Dirk Mettler zeigte auf, dass ohne die berufsbildenden Schulen der Drang der Eltern, ihre Kinder, unabhängig von der Begabung, nach der Grundschule auf ein Gymnasium zu schicken noch viel größer wäre. Es bedarf aber noch viel größerer Anstrengungen bei der Information der Eltern zu den Möglichkeiten an den berufsbildenden Schulen.

Schließlich warben die VLW-Vertreter dafür, jetzt schon für den Nachwuchs an Lehrkräften an BBSn zu sorgen. Keinesfalls dürfe die Situation entstehen, dass in wenigen Jahren Bildungsangebote aufgrund von Personal-mangel gestrichen werden müssen. Dies kann nur gelingen, indem das Lehramt an berufsbildenden Schulen attraktiv bleibt, fügte Karl-Heinz Fuß mit Verweis auf den drohenden Fachkräftemangel hinzu.

Ein flächendeckendes Angebot beruflicher Bildung sorgt schließlich auch dafür, dass Schulwege kurz bleiben und somit, ganz im Sinne des einführenden Themas, mit dem ÖPNV und im Idealfall auch mit dem Fahrrad bewältigt werden können.

Die Beteiligten bedankten sich für das Gespräch und vereinbarten, weiterhin regelmäßig in Kontakt zu bleiben.



*v.l.n.r.: Karl-Heinz Fuß, Dirk Mettler
und Daniel Köbler, MdL*

IM GESPRÄCH MIT DER MINISTERIN

BEIM DIGITAL-SUPPORT MÜSSEN DIE SCHULTRÄGER LIEFERN

Was müssen wir tun, damit unsere berufsbildenden Schulen auch mit Blick auf die Zukunft gut aufgestellt sind? Diese Fragestellung bildete den Rahmen für das Gespräch im Bildungsministerium, zu dem Mitglieder des VLW-Landesvorstands von Ministerin Dr. Hubig, ihren beiden Referentinnen Julia Burkard und Ulrike Neumüller sowie Christian Tuldi aus dem Ministerbüro empfangen wurden.

Den Auftakt des Gesprächs bildete die alarmierend niedrige Zahl an Referendarinnen und Referendaren, die zum 1. Mai den Vorbereitungsdienst für berufsbildende Schulen angetreten haben. Mit landesweit 36 Personen wurde dabei ein neuer Minusrekord verzeichnet, gegenüber einer beinahe dreifach so hohen Zahl noch vor wenigen Jahren, zeigte Andreas Seehaus, Mitglied des BPR BBS, auf. Als Ursache für diese besorgniserregende Entwicklung können sicherlich multiple Faktoren vermutet werden, die sich

jedoch nicht in jedem Fall eindeutig identifizieren lassen. Sind die niedrigen Anfängerzahlen möglicherweise eine Nachwirkung der Pandemie, oder wirken sich zwischenzeitlich die zurückhaltenden Einstellungen der letzten Jahre vor dem Hintergrund der rückläufigen Schülerzahlen aus? Oder sind es Abwerbmaßnahmen benachbarter Bundesländer, denen junge Leute nach dem Studium in Rheinland-Pfalz eher folgen mögen? Wenngleich diese Fragen sicherlich jeweils nur einen Anteil an der Gesamtsituation haben, so müsse nun

dringend gegengesteuert werden, betonte die Delegation des VLW. Jürgen Hatzfeld wies auf den fehlenden Bekanntheitsgrad der berufsbildenden Schulen, insbesondere beim potenziellen Lehrkräftenachwuchs, hin. So würden sich viele Abiturientinnen und Abiturienten direkt für ein Studium entscheiden, ohne vorab eine Berufsausbildung zu durchlaufen. Dadurch haben sie kaum Gelegenheit, eine berufsbildende Schule aus eigener Erfahrung kennenzulernen. Dirk Mettler ergänzt, dass sich dies auch auf den Schülernachwuchs auswirkt, wenn sich Eltern nach der Grundschule gegen die Realschule plus entscheiden, obwohl dieser Weg, mit der sich daran anschließenden BBS, bis zum Abitur alle Abschlüsse ermöglicht, die auch im allgemeinbildenden System er-



*v.l.n.r: Ulrike Neumüller (BM),
Jürgen Hatzfeld, Karl-Heinz Fuß,
Andreas Seehaus (VLW),
Ministerin Dr. Stefanie Hubig (BM),
Dirk Mettler, Miriam Schmidle
(VLW) und Julia Burkard (BM)*

reicht werden können. Die Forderung des VLW lautete deshalb, eine entsprechende Kampagne auf den Weg zu bringen, um die berufsbildenden Schulen ins Blickfeld zu rücken. Als gutes Beispiel für eine solche Maßnahme kann die Fachkräfte-Kampagne für Erzieherinnen und Erzieher dienen, die vom Land Rheinland-Pfalz erfolgreich initiiert wurde.

Mit Blick auf die reformierte höhere Berufsfachschule fragten die VLW-Vertreter nach der Durchführung der bei der Umsetzung zugesagten Evaluation. Ulrike Neumüller erklärte dazu, dass die Verzögerung der Pandemie geschuldet sei, und dass die Evaluation nun bald erfolgen solle. Karl-Heinz Fuß kritisierte, dass die ursprünglich in Aussicht gestellte Trennung des Fachhochschulreifeunterrichts vom Unterricht in den niedrigeren Lernbausteinen nur an wenigen großen Schulen des Landes möglich sei. Aufgrund der starken Heterogenität führt die an vielen Standorten gemeinsam erfolgende Beschulung faktisch zur Absenkung des Niveaus im Fachhochschulreifeunterricht. Defizite können von

den betroffenen Schülerinnen und Schülern, die sich anschließend in ein Studium begeben, nur mühsam aufgeholt werden.

Als weitere große Herausforderung sieht der VLW aktuell die digitale Transformation. Während unsere Schulen zunehmend mit der erforderlichen Internet-Bandbreite und Hardware versorgt werden, hapert es immer noch an der für berufsbildende Schulen erforderlichen spezifischen Software. In der Regel muss eine solche, wie z. B. bei SAP4school, aus dem Budget der einzelnen Schule bezahlt werden, was eine BBS schnell an die Grenze ihrer Möglichkeiten bringt oder zu Lasten anderer wichtiger pädagogischer Investitionen erfolgen muss. Als weiterer Schwachpunkt wurde von Miriam Schmidle der an vielen BBS-Standorten unzureichende IT-Support benannt. Seit der Systemumstellung, mit der die Anrechnungsstunden für anwendungsbetreuende Lehrkräfte zugunsten finanzieller Mittel für die Schulträger gestrichen wurden, läuft es vielerorts nicht mehr rund. Durch das Ticketsystem werden Probleme meist erst mit Verzögerung von

mehreren Tagen gelöst. Dies führt bei den Kolleginnen und Kollegen zu Frust und reduziert die Bereitschaft, digitale Lehrmittel im Unterricht einzusetzen. Besonders kritisch kann die Situation werden, wenn Schülerprüfungen am PC abgenommen werden. Hier sind es letztendlich die Lehrkräfte, die, falls erforderlich, für eine schnelle Problemlösung sorgen müssen.

Ministerin Hubig zeigte Verständnis für die Situation, verwies aber auf die Verantwortung der Schulträger, denen für den IT-Support pro Schülerin und Schüler vom Land ein stattdem Geldbetrag zur Verfügung gestellt wird. Sie sagte zu, die unbefriedigende Umsetzung gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden anzumahnen.

Der VLW-Vorsitzende Dirk Mettler bedankte sich bei der Ministerin und ihren Referentinnen sowie Christian Toldi für das Gespräch. ■

LUNCH & LEARN: IN DER MITTAGSPAUSE DAS VERBRAUCHERWISSEN AUFFRISCHEN

116 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V. aktiv. Sie stellen Beratungsangebote zur Verfügung und bieten Vorträge sowie Online-Seminare an. Teilweise kümmern sie sich auch seelsorgerisch um Bürgerinnen und Bürger, wenn beispielsweise eine Sperrung durch den Energieversorger oder ähnliches ansteht.

Die Verbraucherzentrale wirbt aktuell für die Nutzung ihrer digitalen Angebote. So stehen 60-90minütige Web-Seminare zu relevanten Verbraucherthemen im Programm, zudem gibt es das 30-minütige Format „Lunch & Learn“, bei dem sich Verbraucherinnen und Verbraucher in

der Mittagspause praktisch nebenher zu aktuellen und verbraucherrelevanten Themen informieren können. Bei beiden Formaten haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Wer tiefer in ein Thema einsteigen möchte, kann sich zu einer „Online-Sprechstunde“ anmelden, in der jeweils Fragen zu einem spezifischen Thema besprochen und in Kleingruppen bearbeitet werden.

Die Verbraucherzentrale betreibt unabhängig und praxisnah umfassende Verbraucherberatung zu den Themenkomplexen Geld & Versicherungen, Digitales, Lebensmittel, Umwelt, Gesundheit & Pflege, Energie, Reise und Verträge.

Die Verbraucherzentrale ist eine überwiegend öffentlich finanzierte, gemeinnützige Organisation. Ziel ihrer Arbeit ist es, Verbraucherinnen und Verbraucher in Fragen des privaten Konsums zu informieren, zu beraten und zu unterstützen. Sie verschafft Überblick bei unübersichtlichen Angeboten und Durchblick bei komplexen Marktbedingungen. Und sie benennt Gesundheits- oder Umweltrisikofaktoren, die Kaufentscheidungen beeinflussen können.

Informationen finden Sie im Internet unter www.verbraucherzentrale-rlp.de. Dort können Sie sich auch für den regelmäßig erscheinenden Newsletter registrieren.

Der dbb Rheinland-Pfalz ist einer von zwanzig Mitgliedsverbänden in der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V.

ACHTUNG: FEHLERTEUFEL TREIBT UNWESEN IM VLW-KALENDER

Im VLW-Wand- und Tischkalender für das Schuljahr 2023/24 hat sich ein Fehler eingeschlichen: Rosenmontag, Fastnachtdienstag und Aschermittwoch sind fälschlicherweise in der 8. Kalenderwoche dargestellt. Tatsächlich liegen sie in der 7. Kalenderwoche. Bitte berücksichtigen Sie dies bei Ihren Planungen. Wir empfehlen die umgehende händische Korrektur.

Das VLW-Team entschuldigt sich für diesen Fehler.



	AUG	SEP	OKT	NOV	DEZ	JAN	FEB	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI	JULI
1. KW												
2. KW												
3. KW												
4. KW												
5. KW												
6. KW												
7. KW												
8. KW												
9. KW												
10. KW												
11. KW												
12. KW												
13. KW												
14. KW												
15. KW												
16. KW												
17. KW												
18. KW												
19. KW												
20. KW												
21. KW												
22. KW												
23. KW												
24. KW												
25. KW												
26. KW												
27. KW												
28. KW												
29. KW												
30. KW												
31. KW												

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BVLB

Vorsitzender

Dirk Mettler

Geschäftsstelle

Hildchen 7 • 56077 Koblenz

Redaktion

Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreund.de

Karikatur auf der Titelseite

Uwe Herrmann

Auflage

1.500 Stück

Druck

SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c
01277 Dresden



DER VLW FORDERT:

AUSBILDUNGSKAPAZITÄTEN AUSBAUEN

Den Ausbau der Zahl der Studienplätze für das Lehramt an BBS, verbunden mit einer verbesserten Vergütung für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter!

ARBEITSPLATZ SCHULE MODERNISIEREN

Der Arbeitsplatz Schule muss endlich den Anforderungen der Zeit angepasst werden – zu nennen sind hier Personalausstattung, Unterstützung bei der Digitalisierung und Ausweitung der Schulsozialarbeit!

LEHRKRÄFTE ENTLASTEN

Lehrkräfte sollen das tun, wofür sie ausgebildet wurden – wir brauchen dringend Entlastung von Organisations- und Verwaltungsaufgaben!

RAHMENBEDINGUNGEN VERBESSERN

Die Senkung der gebundenen Arbeitszeit, die Anpassung von Klassenfrequenzen und eine früher einsetzende höhere Altersermäßigung!

LAUFBAHNVERORDNUNG ANPASSEN

Die Regelbeförderung nach Besoldungsstufe A14, um den Unterschied zur Privatwirtschaft wenigstens ansatzweise zu vermindern!

**JETZT
MITGLIED
WERDEN!**

KOMPAKT

Bitte sehr,
Ihre einmalige,
steuerfreie
Inflations-
prämie!



DAUERHAFTER INFLATIONSAUSGLEICH ÜBERFÄLLIG!

PERSONALRÄTESCHULUNG

Was ist beim Umgang mit KI an Schulen zu beachten?

ERFAHRUNGSBERICHT

Mobilität: Lohnt sich das dbb-Autoabo?



KUNDGEBUNG

Für unsere Forderungen sind wir auf die Straße gegangen



SCHULUNG

Rechtsanwältin
Antonia Dufeu gibt
Orientierung
beim Thema KI



BVLB-AG TAGUNG

Internationale Berufsbildung
und Nachhaltigkeit

03 DER DRUCK WÄCHST
Editorial

**04 DAUERHAFTER
INFLATIONSANGLICH ÜBERFÄLLIG!**
VLW-Forderungen zur Einkommensrunde

06 DAS SÜSSE GIFT
Kommentar des Landesvorsitzenden

**07 PERSONALGEWINNUNG IN DEN
FOKUS RÜCKEN**
Der VLW im Gespräch mit der CDU-Fraktion

**08 MEDIENRECHT IM ZEITALTER KÜNST-
LICHER INTELLIGENZ (KI) – HERAUS-
FORDERUNGEN FÜR DIE SCHULEN**
Rückblick auf Personalräteschulungen 2023

09 AUS DEN BEZIRKEN
*Bezirksverband Pfalz besucht die BASF
Online-Fortbildung im Bezirksverband Koblenz
Ortsverband Koblenz hat gewählt*

**11 NACHHALTIGKEIT UND KLIMASCHUTZ
ERNST NEHMEN**
VLW ist Gastgeber der BVLB-AG-Tagung in Worms

**13 DAS DBB-AUTOABO – SORGLOSPAKET
ODER LUXUSMODELL?**
*Michael Lutz und Andreas Seehaus berichten
über ihre Erfahrungen*

14 HINTER DEN KULISSEN DES VLW
Daniela Boudgoust layoutet das Verbandsmagazin

15 IMPRESSUM

16 FORDERUNGEN DES VLW

DER DRUCK WÄCHST



Liebe Leserin, lieber Leser,

während ich diese Zeilen schreibe, finden in der gesamten Republik Protestaktionen und Warnstreiks statt. Die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst spielen offensichtlich auf Zeit, um die Verbände und Gewerkschaften müde zu machen. So bleibt es offen, ob und wann endlich ein Angebot von der Tarifgemeinschaft der Länder kommt. Haushaltskrise und Rezession hin oder her, durch die hohe Inflation sinkt der Lebensstandard der Kolleginnen und Kollegen einerseits, andererseits steigen die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder. Da halte ich es nicht für glaubwürdig, dass kein Geld für eine angemessene Besoldungserhöhung zur Verfügung stehen soll. Lesen Sie unseren Leitartikel zum aktuellen Sachstand vor der dritten Verhandlungsrunde und den dazugehörigen Kommentar unseres Landesvorsitzenden Dirk Mettler! Ebenso interessant ist das Gespräch, das der VLW-Vorstand mit der CDU-Fraktion bereits im Frühjahr geführt hat. Es fällt auf, dass die angesprochenen Themen noch nichts an Aktualität eingebüßt haben. Wir berichten zudem von unseren Aktivitäten, die wir zu Beginn des laufenden Schuljahres durchgeführt haben: Zum Thema „Künstliche Intelligenz“ konnten wir zwei Personalräteschulungen mit der Fachanwältin für Medienrecht Antonia Dufeu anbieten. Zum

Thema „Änderungen im Schuldrecht – Schwerpunkt Kaufvertragsstörungen“ fand im Bezirk Koblenz ein Online-Seminar mit Dr. Sesing-Wagenpfeil statt. Beim Ortsverband Koblenz wurde Jens Spornitz als Vorsitzender in seinem Amt bestätigt. Und der Ortsverband Worms fungierte als kompetenter Gastgeber für die Jahrestagung der BvLB-AG Internationale Berufsbildung und Nachhaltigkeit. Des Weiteren berichten zwei unserer Vorstandskollegen von ihren Erfahrungen mit dem Autoabo der dbb-Vorteilswelt. Und last but not least haben wir unsere Mediengestalterin Daniela Boudgoust zum Interview gebeten. Unter ihren kompetenten Händen ist auch dieses Heft entstanden.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre, erholsame Weihnachtsferien und ein glückliches Jahr 2024.

Ihr Karl-Heinz Fuß

Sie haben Anregungen oder Wünsche? Dann schreiben Sie mir unter redaktion@vlw-rlp.de

VLW Rheinland-Pfalz jetzt auch auf Instagram!
*Seit den Herbstferien sind wir in den Sozialen Medien auf Instagram präsent. Folgen Sie uns unter **vlw_rlp** und verpassen Sie keine aktuellen Posts.*



Kurz vor Beginn versammelten sich die VLW-Teilnehmer am Treffpunkt



DAUERHAFTER INFLATIONSAUSGLEICH ÜBERFÄLLIG!

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt der VLW Rheinland-Pfalz die aktuelle Einkommensrunde zum Tarifvertrag der Länder (TV-L). An deren Abschluss orientiert sich auch die kommende Besoldungserhöhung für die verbeamteten Lehrkräfte im Dienst des Landes. Üblicherweise wird der Tarifabschluss für die Beamten und die Versorgungsempfänger per Gesetz übernommen. Zwingend ist das jedoch nicht.

Deshalb gehen wir dafür auf die Straße: In einem ersten Schritt, um unsere tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst bei ihrem Kampf um einen möglichst guten Abschluss zu unterstützen, und zum zweiten, damit das Er-

gebnis zeit- und wirkungsgleich auf Beamte und Versorgungsempfänger übertragen wird.

Die Hauptforderung von dbb tarifunion und verdi für 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens 500 Euro monatlich bezieht sich auf eine Laufzeit von zwölf Monaten. Zudem werden für die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg aufgrund der dort besonders hohen Lebenshaltungskosten zusätzlich 300 Euro gefordert. Dazu kommen noch weitere Forderungen, wie bessere Konditionen für Auszubildende und Praktikanten.

Das alles ist den Arbeitgebern wohl zu viel, so dass sie in den ersten beiden Verhandlungsrunden ablehnend reagierten und kein eigenes Angebot vorgelegt haben.

ABSCHLUSS ZUM TVÖD ALS MASSSTAB

Es ist sicherlich nicht zu viel erwartet, wenn für die Landesbeschäftigten zumindest das erreicht wird, was im TVöD für die Beschäftigten für die Jahre 2023 und 2024 vereinbart und zwischenzeitlich auch für die Beamten und Versorgungsempfänger beim Bund übernommen wurde.

Weniger würde bedeuten, dass sich der Abstand bei der Bezahlung noch weiter vergrößert. Das kann niemand wollen, denn sonst muss man sich nicht wundern, wenn die Zahl der Bewerbungen für den Landesdienst weiter zurückgeht. Bereits jetzt droht ein massiver Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst.



Es ging winterlich zu bei der Kundgebung durch die Mainzer Innenstadt

Entgeltgruppe	Rheinland-Pfalz bis 30.9.2023 ¹⁾	Bund und Kommunen ab 1.3.2024 (Prognose) ¹⁾	Differenz
A13	5.718,01 €	6.427,89 €	709,88 €
A14	6.333,30 €	6.972,92 €	639,62 €

Besoldungsunterschied zwischen Beamten beim Land Rheinland-Pfalz und beim Bund jeweils in der höchsten Entwicklungs-/Erfahrungsstufe

Die Beschäftigten in den Ländern fordern mit Recht einen angemessenen Inflationsausgleich. Laut Statistischem Bundesamt hat sich der Verbraucherpreisindex von 101 Punkten im Januar 2021 auf 117,8 Punkte im Oktober 2023 erhöht. Im selben Zeitraum wurde unsere Besoldung lediglich um 2,8 Prozent angehoben. Die einmalige Corona-Prämie kann nur bedingt Berücksichtigung finden, da sie keinen dauerhaften Effekt hat.

DIE TÜCKE BEI DER INFLATIONSAUSGLEICHSPRÄMIE

Ebenso ist die im TVöD vereinbarte Inflationsprämie von 3.000 Euro ungeeignet, um dauerhaft den durch die Inflation verursachten realen Einkommensverlust zu kompensieren. Einem Berechnungsbeispiel des WSI der Hans-Böckler-Stiftung²⁾ lässt sich entnehmen, dass eine angenommene tabellarische Besoldungserhö-

hung in Höhe von vier Prozent eine wirksamere Maßnahme gegen den inflationsbedingten Einkommensverlust darstellt. Da die steuerfreie Prämie für viele dennoch verlockend erscheint, wird sie vom dbb als „süßes Gift“ bezeichnet.

Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe hat die dritte Verhandlungsrunde vom 7. bis 9. Dezember noch nicht stattgefunden. Der VLW hat bei der dbb-Protestaktion am 4. Dezember mit vielen seiner Mitglieder in Mainz Flagge gezeigt. Sollten die Arbeitgeber den Tarifstreit in die Länge ziehen, werden wir nicht müde werden, weiterhin auf die Straße zu gehen und für unsere Forderungen zu kämpfen. Unterstützen Sie uns, denn wir kämpfen dafür, dass der öffentliche Dienst nicht kaputtgespart wird und dass der Arbeitsplatz BBS attraktiv bleibt.

¹⁾ Besoldungstabelle Rheinland-Pfalz 2023 und Besoldungstabelle Bundesbeamte 2024: Anpassung & Inflationsbonus (oeffentlicher-dienst-news.de)

²⁾ Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI): Analysen zur Tarifpolitik Nr. 94 März 2023 - Inflationsausgleichsprämie oder Tarifierhöhung?

DAS SÜSSE GIFT

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Süßer die Kassen nie klingeln“ heißt es in einer bekannten Persiflage auf einen Schlager der vorweihnachtlichen Dudelmusik. Sie beschreibt den Kaufrausch, in den die Konsumenten alle Jahre wieder verfallen, wenn das Christkind vor der Tür steht. In diesem Jahr rechnen Wirtschaftsverbände und Prognoseinstitute eher damit, dass sich die Kauflaune in Grenzen halten wird. Die Gründe dafür sind hinlänglich bekannt. Die massive Inflation der letzten Jahre hat zu realen Kaufkraftverlusten geführt. Gepaart mit der durch Kriege ausgelösten Unsicherheit führt sie dazu, dass die Menschen ihre Konsumausgaben einschränken. Daran ändert auch der erfreuliche Rückgang der Inflationsrate auf ein halbwegs moderates Niveau nichts, schließlich berechnet sich diese ja auf Basis des bereits hohen Preisniveaus im Vorjahr.

Seit Januar 2021 haben sich die Entgelte und Bezüge für Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz um sage und schreibe 2,8 Prozent erhöht (zum 1. Dezember 2022). Im gleichen Zeitraum ist der Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes um fast 17 Prozent gestiegen. Angesichts dieser Lücke ist die Forderung des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften (also auch des VLW), die Tabellenentgelte linear um 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro im Monat anzuheben, geradezu bescheiden und zeugt von einem hohem Verantwortungsbewusstsein für die öffentlichen Finanzen, die bekanntlich von Rekord-Steuereinnahmen gekennzeichnet sind.

Umso verwerflicher ist die Hinhaltenaktik der Arbeitgeberseite, also der Bundesländer mit Ausnahme Hessens, die es in zwei Verhandlungsrunden, die am 26. Oktober sowie am 2./3. November stattfanden, noch nicht einmal für nötig befunden



haben, überhaupt ein Angebot vorzulegen. Deshalb war es wichtig und richtig, dass der dbb und seine Mitgliedsgewerkschaften Flagge gezeigt und bundesweit zu Warnstreik- und Protestaktionen aufgerufen haben. Allen, die sich am 4. Dezember an der Aktion in Mainz beteiligt haben, gilt mein herzlicher Dank. Es ist wichtig, dass wir bei solchen Anlässen zusammenstehen. Der Landesvorstand allein kann da nicht viel ausrichten.

Bleibt zu hoffen, dass unsere Dienstherren die Botschaft der Protestaktionen verstanden haben und bei der dritten Verhandlungsrunde vom 7. bis 9. Dezember endlich ein vernünftiges und tragfähiges Angebot auf den Tisch legen. Kein vernünftiges Angebot wäre die Einmalzahlung einer Inflationsausgleichsprämie. Schon allein die Verknüpfung von Inflationsausgleich mit Einmalzahlung zeugt entweder vom Fehlen jeglichen Sachverstands oder von der Absicht, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also den größten Teil der Bevölkerung, hinters Licht zu führen. Als ob die Preise nach Beendigung aller Krisen – worauf wir vermutlich ohnehin noch Jahre warten dürfen – auf breiter Front wieder auf ihr vormaliges Niveau zurückfielen.

Glücklicherweise sinken wenigstens die Energiekosten seit einigen Monaten spürbar. Die waren aber auch

extrem weit nach oben geschossen. Manch einer wird sich sicher noch daran erinnern, wie er sich angesichts verdreifachter Abschlagszahlungen verwundert die Augen gerieben hat. Dieser erfreulichen Entwicklung ist es übrigens zu verdanken, dass die Inflationsrate inzwischen wieder auf ein halbwegs erträgliches Niveau gesunken ist. Betrachtet man alleine die Lebensmittel, ergibt sich nach wie vor eine exorbitante Teuerung.

Vor diesem Hintergrund ist eine Einmalzahlung, so verlockend sie angesichts der Steuerfreiheit auch klingen mag, ein süßes Gift. Sie fließt halt nur ein einziges Mal ins Portmonee und verpufft danach wirkungslos. Den gleichen Effekt wie eine Einmalzahlung in Höhe von 3.000 Euro hätte für Lehrkräfte in den Besoldungsgruppen A 13/A 14 eine lineare Erhöhung von etwa 4 Prozent. Zugegebenermaßen brutto, da sie der Steuerpflicht unterläge, dafür aber nicht nur ein Mal sondern in jedem Jahr. Außerdem würden zukünftige Tarifierhöhungen dann auch von dem höheren Niveau ausgehen.

Noch verlockender ist das süße Gift naturgemäß in niedrigeren Entgelt- und Besoldungsgruppen, denen große Teile der Landesbediensteten angehören. Umso erfreulicher ist es, dass der dbb Rheinland-Pfalz sich in einer Resolution nicht für eine Einmalzahlung ausgesprochen hat (was diskutiert wurde). Bleibt zu hoffen, dass die Verhandlungsführer in Potsdam konsequent bleiben und sich nicht über den Tisch ziehen lassen.

Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich ein friedvolles und segensreiches neues Jahr 2024.

Dirk Mettler

PERSONALGEWINNUNG IN DEN FOKUS RÜCKEN



Jenny Groß, MdL
und Thomas Barth, MdL

Als gänzlich ungeeignet zur Steigerung der Attraktivität des Lehramtes an berufsbildenden Schulen sieht der VLW die ausgesprochenen Empfehlungen der ständigen wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) zur Reduzierung des Lehrermangels. Beim Online-Gespräch zwischen Vertreterinnen und Vertretern des VLW-Landesvorstandes mit der CDU-Landtagsfraktion zeigte Dirk Mettler auf, weshalb wir die meisten vorgeschlagenen Maßnahmen ablehnen. Lediglich der Vorschlag, Lehrkräfte von Aufgaben zu entlasten, die nichts mit Unterricht zu tun haben, wird vom VLW begrüßt.

WIR BRAUCHEN EINEN „DIGITALEN HAUSMEISTER“

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Jenny Groß unterstützt die Forderung des VLW nach einem „digitalen Hausmeister“, aufgrund der Tatsache, dass die Betreuung der DV-Systeme an unseren Schulen oftmals nur unzureichend funktioniert. Groß betonte zudem, dass die DV-Betreuung eine Aufgabe des Landes sein müsse. Dadurch könne auch die unterschiedliche finanzielle Leistungsfähigkeit der Schulträger ausgeglichen werden. Dirk Mettler kritisierte in diesem Zusammenhang die fehlende Entlastung für Betreuerinnen und Betreuer des Schulcampus. Für die berufsbildenden Schulen entsteht ein besonders hoher Aufwand, da aufgrund der verschiedenen Bildungsgänge und der hohen Schülerzahlen jedes Jahr aufs Neue viele Zugangsdaten angelegt und gepflegt werden müssen.

UNTERSTÜTZUNG BEI SCHULSOZIALARBEIT UND VERWALTUNGSAUFGABEN DRINGEND BENÖTIGT

Thomas Barth, CDU, bekräftigte die Forderung des VLW nach einer Stärkung des Unterstützungspersonals, insbesondere auch für Schulsozialarbeit und Verwaltungs-

aufgaben. Dafür müssten die Aufgaben zwischen Land und Schulträgern klar formuliert werden.

EVALUATION DER REFORMIERTEN HÖHEREN BERUFSFACHSCHULE ÜBERFÄLLIG

Als weiteres Thema nahm Dirk Mettler die reformierte Höhere Berufsfachschule in den Fokus. Hier müsse nun zeitnah eine Evaluation erfolgen, um Schwachstellen zu identifizieren und gegebenenfalls nachzusteuern. Thomas Barth und Jenny Groß sagten zu, dies im Bildungsausschuss des Landtags anzusprechen.

PLANSTELLEN AUSWEITEN UND WEITERE ANREIZE BIETEN

Zur Lehrkräfteversorgung moniert der VLW, dass PES-Stellen zu Lasten von Planstellen finanziert werden, was teilweise dazu führt, dass sehr gute Bewerber abgewiesen werden. Als weiterer, wenngleich auch kleinerer Baustein zur Lehrkräftegewinnung wurde das im Nachbarland Hessen gewährte Job-Ticket genannt. Karl-Heinz Fuß sprach sich für Rheinland-Pfalz dafür aus, einen Zuschuss für all diejenigen zu gewähren, die das Deutschland-Ticket für den ÖPNV nutzen möchten.

Der VLW bedankte sich für das Gespräch und beide Seiten vereinbarten, weiterhin den regelmäßigen Kontakt zu pflegen.

Anmerkung der Redaktion: Der Bericht zu dem Gespräch, das bereits im Frühjahr 2023 stattfand, konnte aus Kapazitätsgründen leider erst jetzt gedruckt werden. Das VLW-Redaktionsteam bittet um Verständnis.

MEDIENRECHT IM ZEITALTER KÜNSTLICHER INTELLIGENZ (KI) – HERAUSFORDERUNG FÜR DIE SCHULEN

Wem gehören eigentlich die Rechte an einem von der KI erzeugten Werk? Darf ein Lehrer, eine Lehrerin einen Chatbot zur Unterrichtsvorbereitung verwenden und mittels eines generierten Videos sogar die Unterrichtsstunde halten lassen? Wie sind Hausaufgaben von Schülerinnen und Schülern zu beurteilen, zu deren Anfertigung Chatbots verwendet wurden? Wie kann ein Lehrer, eine Lehrerin überhaupt nachweisen, dass Hausaufgaben über einen Chatbot erledigt wurden? Welche datenschutzrechtlichen Regelungen sind zu beachten, wenn in der Schule mit KI-Programmen gearbeitet werden soll? Wie sieht es mit den Persönlichkeitsrechten aus?

Diese und viele weitere Fragen konnten von Rechtsanwältin Antonia Dufeu bei den VLW-Personalräteschulungen in Weisenheim am Berg und in Welling anschaulich dargestellt und beantwortet werden. Sie klärte auf, dass viele Bereiche noch nicht abschließend geregelt sind und die Rechtsprechung erst nach und nach erfolgen wird. Dennoch konnte Antonia Dufeu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern viele hilfreiche grundsätzliche Regeln zur Orientierung aufzeigen. Zudem hat sie eine Muster-Nutzungsordnung für KI an Schulen erstellt, die sie den anwesenden Personalratsmitgliedern mit auf den Weg geben konnte.

Zu den weiteren Themen der diesjährigen VLW-Personalräteschulungen, wie den Freistellungsstunden für Personalräte und zur Mehrarbeit im Schuldienst, standen die jeweiligen Stellv. Vorsitzenden aus dem BPR, Kurt Flöck, und dem HPR, Dirk Mettler (nur Welling), gemeinsam

mit Karl-Heinz Fuß (nur Weisenheim) und Andreas Seehaus, jeweils Mitglieder in HPR bzw. BPR, zur Verfügung. Zudem blieb an beiden Veranstaltungsorten Zeit für den persönlichen Erfahrungsaustausch, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern als willkommene Gelegenheit genutzt wurde.



ZUR PERSON



Rechtsanwältin **Antonia Dufeu LL.M.** betreibt eine Anwaltskanzlei in Mainz-Mombach. Sie hat sich auf Medien- und Onlinerecht für Schulen spezialisiert. Unter anderem hat sie an der Erstellung des Handbuchs *Schule.Medien.Recht* des Bildungsministeriums in Mainz mitgewirkt. Sie bearbeitet überwiegend schulische Rechtsfragen und bietet u. a. Rechtsberatungen rund um technische und mediale Ausstattungen und Projekte an Schulen an.



BEZIRKSVERBAND PFALZ BESUCHT DIE BASF



Der VLW-Bezirksverband Pfalz hatte seine Mitglieder am 13. November zu einer Betriebsbesichtigung der BASF-Werke in Ludwigshafen eingeladen. Die auf maximal 15 Personen beschränkte Betriebsbesichtigung war ausgebucht.

Die von der BASF vorgegebene Limitierung der Personenzahl hatte den Vorteil einer intensiven Betreuung und beinhaltete eine exklusive Werksrundfahrt in einem Bus der BASF, besetzt nur von unseren Kolleginnen und Kollegen.

Zunächst stand eine Führung durch die werksinterne Ausstellung auf mehreren Stockwerken des „Visitor Centers“ der BASF auf dem Programm. Die Teilnehmenden wurden über die Entstehungsgeschichte, bahnbrechende Innovationen, unzählige Produkte/Vorprodukte der BASF und den schon begonnenen Transformationsprozess des Unternehmens zu einer Nachhaltigkeit

umfassend informiert. Es folgte eine beeindruckende, gut einstündige Rundfahrt durch viele Bereiche des riesigen Betriebsgeländes.

Abgerundet wurde das Programm durch ein gemeinsames Mittagessen im sogenannten „Feierabendhaus“ der BASF, mit noch vielen interessanten Gesprächen zu dem Erlebten, aber auch zu schulischen und verbandspolitischen Themen. Laut den Teilnehmenden eine „gelingene Veranstaltung“!

Andreas Seehaus

ONLINE-FORTBILDUNG IM BEZIRKSVERBAND KOBLENZ

Änderungen im Schuldrecht – Schwerpunkt Kaufvertragsstörungen

Mit zahlreichen Fallbeispielen und in reger Interaktion mit den teilnehmenden Mitgliedern ging Dr. Andreas Sasing-Wagenpfeil in einer Online-Fortbildung im Bezirksverband Koblenz auf die Änderungen im Schuldrecht und ihre Auswirkungen ein. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Kaufvertragsstörungen.

Die Änderungen zum 1. Januar 2022 betreffen insbesondere den Mangelbegriff, den Bereich der Nacherfüllung und des Unternehmerrückgriffs. Auch gibt es neue Regelungen zum Verbrauchsgüterkauf und zu Waren mit digitalen Inhalten. Damit die Teilnehmenden den Anschluss finden und sich mit den Fallbeispielen auseinandersetzen konnten, gab Dr. Andreas Sasing-Wagenpfeil zunächst einen kurzen Überblick über die Grundlagen des Kaufrechts und

wiederholte relevante Aspekte der kaufrechtlichen Gewährleistung.

Der Kaufvertrag ist in zahlreichen Bildungsgängen der BBS Unterrichtsthema, weshalb diese Fortbildung den Kolleginnen und Kollegen wichtige neue Informationen geben und Vorwissen auffrischen konnte.

Stefanie Tischer

ZUR PERSON



Dr. Andreas Sesing-Wagenpfeil ist derzeit als Vertreter der Juniorprofessur für Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr in Hamburg tätig. Zudem ist er Geschäftsführer des Instituts für Rechtsinformatik an der Universität des Saarlandes, an welchem zum IT-Recht und zur Rechtsinformatik geforscht und gelehrt wird. Schwerpunkte sind hier die Bereiche Automotive, Datenschutz und Künstliche Intelligenz.

ORTSVERBAND KOBLENZ HAT GEWÄHLT

Jens Spornitz im Amt bestätigt

Bei einer gut besuchten Mitgliederversammlung des Ortsverbands Koblenz wurde der Ortsvorsitzende Jens Spornitz einstimmig wiedergewählt. Ihm zur Seite steht sein Stellvertreter Jörg Münch, der ebenfalls einstimmig in dieses Amt gewählt wurde.

Bei einer anschließenden Austauschrunde mit der Bezirksvorsitzenden Stefanie Tischer und dem Landesvorsitzenden Dirk Mettler hatten die Mitglieder Gelegenheit, all ihre Anliegen, Fragen und Anregungen loszuwerden. Neben der Senkung des Deputates und der Entlastung von Verwaltungstätigkeiten wünschen sich die Mitglieder einen Ausbau der Schulsozialarbeit und die Integration derselben in multiprofessionelle Teams. Beim IT-Support fordern sie das Land auf, mehr Druck auf die Schulträger auszuüben, da die derzeitige Unterstützung seitens der Kommune nicht ausreicht.

Berufsbildende Schulen sollten nach dem Willen der versammelten Mitglieder endlich den Status einer Ganztagschule erhalten, weil sie das de facto längst sind, ohne die offizielle Anerkennung aber von den entsprechenden Fördermitteln abgeschnitten sind. Darüber hinaus wünschen sie sich, dass die ADD ihrer Fürsorgepflicht für das Personal der Schulen nachkommt und z. B. für mehr Sauberkeit an den Schulen sorgt.

Im Anschluss an die Versammlung hat der Ortsverband zu einem gemütlichen Beisammensein ins Maximilians-Brauhaus nach Lahnstein eingeladen, wo die Gespräche in ungezwungener Atmosphäre weitergingen.

Dirk Mettler



Stefanie Tischer und Dirk Mettler (l.) bedanken sich bei Jens Spornitz für die bisher geleistete Arbeit und gratulieren zur Wiederwahl.



In gemütlicher Runde wurde noch lange über bildungspolitische Themen diskutiert.

NACHHALTIGKEIT UND KLIMASCHUTZ ERNST NEHMEN

Der VLW Rheinland-Pfalz fungierte in diesem Jahr als Gastgeber der alljährlich stattfindenden AG-Tagung. Neben einem umfassenden Tagungsprogramm blieb auch Zeit für den Genuss rheinhessischer Gastlichkeit.



DIE „GRÜNEN ZIMMER“ IN WORMS

Bereits am Anreisetag gab es für die zwölf Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen freundlichen Empfang durch **Bürgermeisterin Stephanie Lohr**, die sich trotz des am selben Tag stattfindenden ersten Wormser Tages der Demokratie Zeit für den Gedankenaustausch mit **Stefan Nowatschin, stellv. BvLB-Vorsitzender** und Leiter der AG, nahm. Anschließend zeigte **Agnes Denschlag, Leiterin der Volkshochschule Worms** den AG-Mitgliedern interessante Beispiele zum Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Innenstadt von Worms. Besonderes Interesse erweckten dabei die mobilen „Grünen Zimmer“, die in diesem Sommer zum ersten Mal in Worms für Abkühlung sorgen sollten. Beim „Grünen Zimmer“ handelt es sich um eine Kombination aus Sitzmöglichkeit und Bepflanzung, die gleichzeitig Schadstoffe aus der Luft filtert und eine Klima- und Ruheoase für Menschen in der Stadt bietet.

ANREISE MIT DEM FAHRRAD UND NACHHALTIG PRODUZIERTE VERPFLEGUNG

Die Mitglieder der BvLB-AG waren aus dem gesamten Bundesgebiet angereist, **Adrian Bartosch** und **Christian Benick** aus dem 120 Kilometer entfernten Saarbrücken sogar mit dem Fahrrad, womit sie respektabel deutlich machten, dass sie die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz ernst nehmen. So wurde auch bei der Auswahl der Gaststätten darauf geachtet, dass vornehmlich regionale und nachhaltig produzierte Produkte im Angebot waren. Dementsprechend ließ die Gruppe nach der ersten Arbeitssitzung den Freitagabend im Restaurant „Die Pfälzer“ bei regionalen Spezialitäten ausklingen, bevor es zur Übernachtung zurück ins Wormser Domhotel ging.

KENNELERNEN DES BERUFLICHEN BILDUNGSZENTRUMS (BIZ)

Der Samstag begann mit der Besichtigung des Wormser Berufsbildungszentrums (BIZ), das aus der Karl-Hof-

mann-Schule, BBS Gewerbe und Technik, und der BBS Wirtschaft besteht, deren Gebäude unmittelbar beieinander stehen. **Christoph Ringhoffer vom vlbs Rheinland-Pfalz** führte die AG-Mitglieder über das Gelände und informierte über interessante Fakten zur Geschichte des BIZ. Da er bis zum Eintritt in den Ruhestand Mitglied der Schulleitung der Karl-Hofmann-Schule war, verfügt er über einen reichen Erfahrungsschatz und würzte seine Führung entsprechend mit unterhaltsamen Anekdoten. Nowatschin bedankte sich bei Ringhoffer für die gelungene Führung und dass er als Ansprechpartner für die Karl-Hofmann-Schule zur Verfügung stand.

BERUFLICHE BILDUNG NATIONAL UND INTERNATIONAL STÄRKEN

Anschließend wurde die Gruppe von **Thorsten Weber** mit Informationen zur BBS Wirtschaft begrüßt. Er stellte den Raum für die Arbeitstagung zur Verfügung und sorgte dafür, dass die erforderliche Tagungstechnik funktionierte. So konnte online als Gesprächs- und Diskussionspartner **Prof. Dr. Markus Böhner, Leiter des Studienseminars BBS in Mainz**, zugeschaltet werden. Er berichtete von seinen Erfahrungen, die er bei seinen internationalen Einsätzen in Sri Lanka und in Ruanda sammeln konnte. Mit Blick auf die im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen vereinbarten siebzehn Nachhaltigkeitsziele stellten Prof. Böhner und Nowatschin im Dialog die essenzielle Bedeutung der beruflichen Bildung heraus. Auch national sind zusätzliche Anstrengungen und Mittel erforderlich, um die bestehenden beruflichen Schulen zu Exzellenzzentren der beruflichen Bildung auszubauen, wie es der BvLB schon seit Jahren fordert.

GEWINNUNG ERNEUERBARER ENERGIE

Zum Thema Nachhaltigkeit informierte **Christian Hinsch von der juwi GmbH** in einem sehr interessanten Vortrag über das Geschäftsfeld des internationalen



Mitglieder der BVLB-AG
mit Bürgermeisterin Lohr
auf dem Wormser Obermarkt



Christoph Ringhoffer (l.)
würzt Faktenwissen
mit unterhaltsamen
Anekdoten

Projektentwicklers im Bereich „Erneuerbare Energien“. Das im Jahr 1996 gegründete Unternehmen mit Sitz im rheinhessischen Wörrstadt plant und begleitet weltweit die Errichtung erneuerbarer Energieanlagen und bietet auch deren anschließende Betriebsführung an. In seinem Vortrag stellte er exemplarisch Projekte aus den Bereichen Wind- und Solarenergie vor. Dabei schilderte er eindrucksvoll, welche Hürden bei der Projektierung von Anlagen überwunden werden müssen. So sei es weniger das Problem, Investoren für eine Anlage, wie z. B. einen Windpark, zu finden. Das Problem sei vielmehr, geeignete Flächen zu finden, die Akzeptanz der betroffenen Bevölkerung zu erreichen und die erforderlichen Genehmigungen einzuholen. Darüber hinaus zeigte Hinsch auf, wie sich die juwi GmbH als moderner Arbeitgeber aufstellt. Einrichtungen wie das Juwelchen, der firmeneigene Kindergarten, ein Fitnessraum und die Kantine gehören ebenso dazu wie die Möglichkeit zur Arbeit im Home-Office. Darüber hinaus finden regelmäßig Betriebsfeste zusammen mit den Familien der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt. Und selbstverständlich bildet die juwi GmbH auch aus, um Nachwuchskräfte zu gewinnen.

Stefan Nowatschin bedankte sich im Namen der AG bei den Referenten Hinsch und Prof. Böhner für ihre Beiträge und beim Kollegen Weber für die freundliche Bereit-

stellung des Raumes und der Tagungstechnik an der BBS Wirtschaft.

BESUCH DES WINZERFESTES IN ALZEY

Zum Ausklang des Tages fuhr die Gruppe mit der Bahn ins nahegelegene Alzey und besuchte dort das Winzerfest, das als typisches Beispiel für die Vermarktung regionaler Produkte diente. So konnten die Gespräche und Diskussionen zu den Themen des Tages bei einem gemütlichen Gläschen rheinhessischen Weines vertieft werden, bevor es wieder mit der Bahn zurück nach Worms ging.

AUSBLICK AUFS KOMMENDE JAHR

Nach dem Frühstück am Sonntagmorgen erfolgte die Reflexion der Veranstaltung. Die AG-Mitglieder waren sich einig, dass sich die Teilnahme an der Tagung auch in diesem Jahr wieder gelohnt hat. Der Austragungsort für die Tagung im kommenden Jahr wird voraussichtlich in der Umgebung von Bremen liegen. Stefan Nowatschin informierte, dass Klimakompensationsmaßnahmen eingeplant wurden, so dass es sich bei den AG-Treffen rechnerisch um klimaneutrale Veranstaltungen handelt. Er bedankte sich abschließend bei Karl-Heinz Fuß, der die Vorbereitung und Durchführung der Tagung in Worms unterstützt hat und wünschte allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine gute Heimreise. ■



Freundliche Begrüßung in Worms
durch Bürgermeisterin Stephanie Lohr
(Mitte) und Agnes Denschlag



Stefan Nowatschin (l.) und Karl-Heinz Fuß,
(r.), bedanken sich bei Christian Hinsch von
der juwi GmbH



Karl-Heinz Fuß dankt Thorsten Weber für
die Gastfreundschaft an der BBS Wirtschaft

DAS DBB-AUTOABO SORGLOSPAKET ODER LUXUSMODELL?

Wer kennt das nicht? Das Auto muss in die Werkstatt und die Kosten für die Reparatur zehren wieder einmal einen großen Teil der mühsam ersparten Rücklagen auf. Oder die Reparatur lohnt sich gar nicht mehr und die Anschaffung eines neuen Fahrzeugs steht an. Hinzu kommt die aktuelle Unsicherheit, ob die Anschaffung eines Verbrenners noch zukunftsfähig ist oder ob möglicherweise mit einem erheblichen Wertverlust zu rechnen ist. Alternativ stellt sich die Frage, ob die Zeit schon reif ist, um auf ein Fahrzeug mit rein elektrischem Antrieb umzusteigen oder ob ein Hybrid zunächst die passende Lösung darstellt.

Egal wofür man sich entscheidet, es müssen Informationen zur passenden Finanzierung, zu Versicherungsprämien und zur Kfz-Steuer eingeholt werden. Alles in allem ein zeitaufwendiges Unterfangen, wobei nach dem Kauf immer noch die Bürde und Unsicherheit der Wartungs- und Reparaturkosten bestehen bleibt. Hoffentlich ist es kein „Montagsauto“, hat sich bestimmt schon jeder gedacht, wenn wieder einmal ein unerwarteter Werkstattbesuch anstand.

Aus all diesen Gründen haben sich Andreas Seehaus und Michael Lutz, beide Mitglied des VLW-Landesvorstands, bereits vor einigen Jahren für das dbb-Autoabo entschieden. Im Interview beantworten sie die Fragen von Vorstandskollege Karl-Heinz Fuß und erklären, was ein Autoabo eigentlich ist. Dabei beschreiben sie aufgrund ihrer Erfahrungen die Vor- und Nachteile dieser Möglichkeit, Auto zu fahren.

Wie funktioniert das Autoabo?

Andreas Seehaus: Das Autoabo entspricht im Prinzip einer Langzeitmiete, d.h. das Fahrzeug wird vom Autoabo-Anbieter auf dessen Name zugelassen und versichert. Ich bezahle lediglich die monatlich vereinbarte Miete und den Kraftstoff oder Strom, den ich für meine Fahrten benötige. Da es sich um Neuwagen handelt, werden Reparaturkosten von der Garantie übernommen. Die Kosten für Wartung, z.B. einen Ölwechsel, übernimmt der Anbieter. Verschleißreparaturen für Reifen, Bremsen oder Kupplung fallen nor-

malerweise nicht an, da das Auto vorher zurückgegeben wird. Ein weiterer großer Vorteil besteht darin, dass auch Familienangehörige, vorausgesetzt sie sind mindestens 21 Jahre alt, jederzeit das Fahrzeug benutzen dürfen.

Wie lange ist die Mietdauer?

Michael Lutz: Ich miete meine Autos jeweils für die Zeitdauer von zwölf Monaten. Als Pensionär genügen mir 15.000 Kilometer, die ich ohne Zusatzkosten fahren kann. Es können aber auch andere Laufzeiten bzw. höhere Fahrleistungen, gegen einen Aufpreis, gewählt werden.

Wo ist denn der Unterschied zum Leasing?

Andreas Seehaus: Beim Leasing wird in der Regel zu Beginn eine Sonderzahlung fällig. Und das Auto wird auf den Leasingnehmer zugelassen, so dass dieser für Steuer und Versicherung aufkommen muss. Beim Autoabo ist für jedes Auto lediglich eine Zulassungsgebühr (aktuell 89 Euro) zu entrichten. Danach fällt nur noch die vereinbarte monatliche Miete an.

Apropos Versicherung. Was passiert denn, wenn ich einen Schaden verursache?

Michael Lutz: Haftpflichtschäden werden über die Versicherung der Autoabo-Gesellschaft reguliert, ebenso Kaskoschäden. Der Vorteil in beiden Fällen liegt darin, dass im Schadensfall keine Höherstufung erfolgt. Allerdings wird sowohl bei der Teil- als auch Vollkasko eine



Michael Lutz (oben) und Andreas Seehaus erzählen, wie sie mit dem dbb-Autoabo zurechtkommen

Selbstbeteiligung in Höhe von fünfhundert Euro fällig. Das sollte man einkalkulieren, denn bei der Rückgabe des Fahrzeugs schaut sich ein Sachverständiger das Auto genau an. Kratzer im Lack, ein Steinschlag in der Windschutzscheibe oder eine Schramme an der Felge wurden bei mir schon moniert.

Wie kann man das Autoabo kündigen?

Andreas Seehaus: Nach Ablauf der Laufzeit endet das Abo von allein, wenn man nicht zuvor einen Anschlussvertrag für ein neues Mietfahrzeug abschließt. Da empfehle ich, dass man sich rechtzeitig kümmert, denn nicht alle Fahrzeuge sind direkt verfügbar, sondern haben Vorlaufzeiten.

Was passiert, wenn ich am Ende der Laufzeit das Auto zurückgeben muss und mein neues Auto noch nicht wie vereinbart verfügbar ist?

Michael Lutz: In solch einem Fall, den ich schon erlebt habe, konnte ich ohne finanzielle Nachteile das alte Auto weiterhin nutzen, solange bis das neue Auto da war. Allerdings ist es kürzlich passiert, dass das

Wunschfahrzeug nicht geliefert werden konnte und ich mich kurzfristig für ein anderes Modell entscheiden musste. Statt des Opel Astra habe ich dann einen Ford Kuga genommen.

Ist denn beim Autoabo das Wunschfahrzeug frei konfigurierbar?

Andreas Seehaus: Nur bedingt, denn das Geschäftsmodell beruht darauf, dass die Fahrzeuge anschließend am freien Markt gut weiterverkauft werden können. Die Ausstattung ist deshalb nicht beeinflussbar, allerdings sind im Prinzip alle Autos gut bis sehr gut ausgestattet. Bei der Farbe des Autos kann man lediglich einen Wunsch äußern.

Michael Lutz: Mir ist es schon passiert, dass anstatt der Wunschfarbe Weiß ein schwarzes Auto vor mir stand oder, schlimmer noch, anstatt des Autos mit Automatikgetriebe ein Schaltwagen. Das habe ich aber reklamiert und es gab immerhin einen Preisnachlass.

Das klingt ja durchaus nach Zugeständnissen, die beim Autoabo gemacht werden müssen. Zum Schluss unseres Gesprächs bitte

ich euch um ein kurzes Statement, weshalb Ihr dennoch Autoabo-Fans seid.

Michael Lutz: Es ist einfach angenehm, sich nicht mehr um Werkstatttermine, TÜV-Untersuchungen oder Versicherungstarife kümmern zu müssen. Man bekommt jährlich (oder halbjährlich) einen Neuwagen, auf den man sich natürlich wieder einstellen muss. Das ist bei der heutigen Konnektivität nicht immer einfach, zumal man bei der Übernahme (welche inklusive Fahrzeugrückgabe in einer halben Stunde erledigt ist) keine Einweisung in das Fahrzeug bekommt. Ich sehe ansonsten keine Nachteile, bin auch mit der Kundenbetreuung zufrieden und fahre zurzeit das sechste Fahrzeug im dbb-Autoabo.

Andreas Seehaus: Es bereitet mir bis heute immer wieder einen großen Spaß ständig neue Autos auszuprobieren. Falls man mit einem Auto doch nicht ganz zufrieden ist, kein Problem, es wird ja in der Regel nach zwölf Monaten einfach zurückgegeben. Ferner fährt man immer ein Neufahrzeug. Aktuell freue ich mich auf mein erstes Elektroauto, da bin ich richtig gespannt! ■

HINTER DEN KULISSEN

IMMER IM LAYOUT-FLOW ...

Auch eine Verbandszeitschrift entsteht nicht ohne professionelle Unterstützung. So liegt die Gestaltung des Layouts der VLW-Printmedien in den Händen von Daniela Boudgoust von der Werbeagentur Gestaltungsfreunde in Karlsruhe. Um Frau Boudgoust näher kennenzulernen, haben wir sie zum Interview gebeten.

VLW kompakt: Frau Boudgoust, Sie betreiben mit zwei Partnerinnen eine erfolgreiche Werbeagentur. Wie kann man sich die Zusammenarbeit unter Ihnen vorstellen?

Daniela Boudgoust: Jede von uns hat ihren Schwerpunkt, um das ganze Spektrum einer klassischen Werbeagentur anbieten zu können – von der Logoentwicklung bis zum kompletten Erscheinungsbild eines Un-

ternehmens, on- und offline. Tanja Volk ist unsere Programmiererin, Susanne Ehrle macht das Webdesign dazu, ist aber ebenso in der Printwelt zuhause. Grafikdesign ist auch meine Welt: Ich entwickle Logos und gestalte Flyer, Broschüren und Magazine. Wir arbeiten Hand in Hand, denn in die meisten Aufträge sind wir alle drei involviert. Hinzu kommt unser externes Netzwerk mit

Profis für Werbefotografie, Text oder Suchmaschinenoptimierung.

Aus welchen Bereichen stammen Ihre Kunden?

Unsere Kunden sind in allen Branchen vertreten, querbeet. Wir bekommen Einblicke in viele unterschiedliche Bereiche. Dadurch lernen wir stets Neues, erleben andere Perspektiven und haben es mit

ganz unterschiedlichen Menschen zu tun. Für uns als Kreative ist das super, denn all diese Impulse inspirieren ungemein.

Am Telefon wirken Sie stets freundlich und gut gelaunt. Wie schaffen Sie es, mit dem für Ihre Branche typischen Termindruck klarzukommen?

Am Anfang wird jedes Projekt mit unseren Kunden durchgeplant und das klappt eigentlich auch immer ganz gut. Klar, gibt es auch mal „heiße Phasen“, aber das kann auch anspornen, denn wir wollen ja gemeinsam mit unseren Kunden tolle Ergebnisse erzielen.

Sie arbeiten meist in Projekten, oft auch am Wochenende. Wie kommt Ihre Familie damit zurecht?

Es gibt ruhige Zeiten und dann wieder Phasen, wo man mehr arbeiten muss. Ich bin Frühaufsteherin und wenn ich am Wochenende mal ran muss, kann ich oft vieles erledigen, während die Familie noch schläft. Insgesamt stimmt die Work-Life-Balance aber und ein Vorteil der Selbstständigkeit ist ja eben auch, dass ich mir meine Zeiten selbst einteilen kann.

Wie kamen Sie zu Ihrer heutigen Berufstätigkeit? Welche Qualifikation war dafür erforderlich?

Ich bin Quereinsteigerin. Ursprünglich bin ich nämlich gelernte Bankkauffrau und war als Sachbearbeiterin in der Kundenbetreuung tätig. Irgendwann bot sich dort die Gelegenheit, in Direktmarketing-Projekte

einzusteigen. Das interessierte mich und ich absolvierte nebenberuflich ein Direktmarketingstudium. Dann arbeitete ich ein paar Jahre nur noch im Marketing und entwickelte gemeinsam mit unseren damaligen Werbeagenturen Kampagnen zur Vertriebsunterstützung. Ich stellte fest, dass mich die „andere Seite“, also die der Agenturen, viel mehr reizte. Zeitgleich schloss ich nebenberuflich die IHK-Ausbildung „Print Production“ ab – hier lernte ich viel über Grafikdesign, vor allem aber über den Umgang mit Grafikprogrammen. Eine echte Offenbarung, denn von da an gab es kein Halten mehr für mich – endlich hatte ich das Handwerkzeug, um meine Ideen zu Papier zu bringen. Ein paar Monate später bot sich die Gelegenheit, den Sprung in die Selbstständigkeit zu wagen. Das ist nun ziemlich genau zwanzig Jahre her und immer noch bin ich gerne im „Layout-Flow“. Auch meine Partnerinnen waren zuvor viele Jahre Solo-Selbstständig, bis wir uns dann 2017 zusammaten und die Gestaltungsfreunde gründeten.

Welche Art von Tätigkeit macht Ihnen besonders viel Freude?

Wenn wir zusammen eine neue Idee ausgearbeitet haben und merken, dass die Umsetzung gut funktioniert, das ist ein tolles Gefühl. Und die Magazingestaltung – das macht mir einfach am meisten Spaß.

Was mögen Sie eher weniger?

Ich muss kurz überlegen ... doch, klar! Ich nenne es mal salopp den



Foto: Samuel Mindermann

Immer auf der Suche nach neuen Layout-Ideen: Daniela Boudgoust

Verwaltungskram, den eine Selbstständigkeit so mit sich bringt. Da leide ich tatsächlich unter „Verschieberitis“ – böse Sache ...

Wären Sie auch gerne Lehrerin geworden? Warum/warum nicht?

Darüber habe ich ehrlicherweise noch nicht nachgedacht – aber ich weiß, dass ich meinen Traumjob im Grafikdesign gefunden habe.

Der VLW bedankt sich für das Interview und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BvLB

Vorsitzender

Dirk Mettler

Geschäftsstelle

Holzhauser Straße 27 • 55411 Bingen
www.vlw-rlp.de

Redaktion

Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

Karikatur auf der Titelseite

Uwe Herrmann

Auflage

1.500 Stück

Druck

SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c
01277 Dresden



DER VLW FORDERT:

**10,5 % BESOLDUNGSERHÖHUNG – MINDESTENS 500 € –
LAUFZEIT 12 MONATE!**

**ZEITGLEICHE ÜBERNAHME DES TARIFABSCHLUSSES AUF
BEAMTINNEN/BEAMTE UND VERSORGUNGSEMPFÄNGERINNEN/
VERSORGUNGSEMPFÄNGER!**

**ERHALT DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES ÖFFENTLICHEN
DIENSTES DURCH ANGEMESSENE TARIFERHÖHUNGEN!**

**ENDLICH VERSTÄRKTE BEMÜHUNGEN DES LANDES UM NACH-
WUCHSGEWINNUNG FÜR DIE BERUFSBILDENDEN SCHULEN!**

Nur ein leistungsfähiger Öffentlicher Dienst wird in der Lage sein, die Anforderungen der Zukunft und den technischen Wandel für unsere Gesellschaft zu ermöglichen! Dazu gehört nicht zuletzt eine im Verhältnis zur privaten Wirtschaft konkurrenzfähige Vergütung!

**JETZT
MITGLIED
WERDEN!**